BIOGRAPHIEN DER VERSAMMLUNGSTEILNEHMER

Baumann, Franz
Berkmann, Kurt
Bock, Wilhelm
Born, Friedrich
Braune, Heinrich
Brügmann, Bernhard
Brunhöver, August
Burrmeister, Otto
Dahrendorf, Gustav
Eisenbarth, Heinrich
Finnern, Robert
Göthel, Emil
Günther, Hedwig
Hartlein, Paul,
Karpinski, Paula
Keilhack, Adolf
Keilhack, Irma
Meitmann, Karl
Mette, Dr. Alfred
Podeyn, Hans
Raloff, Georg
Ruscheweyh, Dr. Herbert
Saalfeld, Rudolf
Schacht, Jonni
Schmedemann, Walter
Schmedemann, Willi
Schönfelder, Adolph
Schüler, Willi
Schumann, Otto
Selbach, Theodor
Sellmer, Louis
Staudinger, Hans
Tessnow, Willi
Thormann, Paul
Ullrich, Karl
Westphal, Hans
Zabe, Grete

Franz Ernst Baumann

*23.11.1886 †16.6.1962

Franz Baumann wurde in Altona geboren und trat 1914 der SPD bei. Bis 1933 arbeitete er als Gewerkschaftsangestellter. Er wohnte in Barmbek-Nord in der Rungestraße 12. Franz Baumann war bis 1933 Distriktsführer und nahm in dieser Funktion an der „Echo"-Versammlung teil. Er verlor seinen Arbeitsplatz und war 1937 eine Woche sowie 1939 einen Monat unter dem Vorwurf der Vorbereitung zum Hochverrat in Haft.

Nach 1945 arbeitete Franz Bauman als Bauführer und betätigte sich als Distriktsleiter am Wiederaufbau der SPD. Er starb am 16. Juni 1962.

Karl Berkmann

*1.1.1903 †7.10.1969

Karl Berkmann wurde in Köln geboren. Nach der Schule absolvierte er eine kaufmännische Ausbildung. Bis zum 10. Mai 1933 versah er Bürodienst in der Abteilung Gartenwesen der Hamburger Baubehörde. Berkmann war Mitglied der SPD und gewerkschaftlich organisiert. In beiden Organisationen übte er Funktionen aus. In der gewerkschaftlichen Arbeit hatte Berkmann berechtigte Aussicht, im Laufe des Jahres 1933 eine Anstellung als Gewerkschaftssekretär zu erhalten. Die Machtübernahme der Nationalsozialisten machte die Aufstiegsmöglichkeit zunichte. Darüber hinaus wurde Berkmann aus politischen Gründen aus dem Staatsdienst entlassen. Bis 1938 war er mit kurzen Unterbrechungen arbeitslos.

Kurt Berkmann wohnte in der Reesestraße 1 zur Untermiete und leitete den Bezirk 25 im Distrikt Barmbek-Süd. Er wurde bei der „Echo"-Versammlung verhaftet und am 22. Juli 1933 aus dem Konzentrationslager Hamburg-Fuhlsbüttel entlassen. Im Zusammenhang mit der „Echo"-Versammlung wurde auch Berkmanns spätere Ehefrau Else Schlüter vorübergehend festgenommen und verhört. Schlüter war SPD-Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft. Sie musste Hausdurchsuchungen über sich ergehen lassen und verlor ihren Arbeitsplatz als Kontoristin bei der G.E.G. Hamburg (Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine). Bis 1934 stand Kurt Berkmann unter Polizeiaufsicht. Nach eigenen Angaben beteiligte er sich bis zu seiner Einberufung zur Wehrmacht 1941 an der Widerstandsarbeit der SPD. Seit November 1943 hatte er seinen Wohnsitz in Tübingen.

Seinem Wiedergutmachungsantrag ist zu entnehmen, dass Kurt Berkmann der „NSDAP oder einer ihrer Gliederungen" angehörte. Dabei handelte es sich um Mitgliedschaften in der DAF (Deutsche Arbeits-

front)[1] von 1938 bis 1941 und der NSV (Nationalsozialistische Volkswohlfahrt) 1937 bis 1943. Aus beiden Organisationen trat er nach eigenen Angaben wieder aus. Die Spruchkammer Tübingen stufte Berkmann als „Mitläufer ohne Maßnahmen“ ein.

Nach 1945 gehörte Else Berkmann zu den Mitbegründern der SPD Württemberg-Hohenzollern. Von 1960–1968 war sie Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg. Kurt Berkmann leitete von 1947 bis 1950 die Volkshochschule Tübingen. Am 1. Februar 1950 wechselte er als Tarifsekretär beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr nach Stuttgart.[2]

Wilhelm Bock

*30.4.1886 †21.8.1940

Wilhelm Bock wurde am 30. April 1886 in Hammerbrook als Sohn eines Eisenbahnbeamten geboren. Nach dem Besuch der Volksschule machte er eine Lehre bei einer Hamburger Bier-Im- und Exportfirma. Er verlor früh seinen Vater und nach dem Tod seiner Mutter lebte er bei Freunden seiner Eltern. Nach seinem Militärdienst war Wilhelm Bock drei Jahre in Nigeria und in Kamerun tätig. Die menschenunwürdigen Arbeitsverhältnisse der Einheimischen begründeten sein politisches Engagement, das 1911 in Hamburg zum Eintritt in die SPD führte. Wilhelm Bock heiratete 1913 Wiebke Krogmann. Das Ehepaar zog nach Eppendorf. Wilhelm Bock nahm als Soldat am Ersten Weltkrieg teil und machte sich nach der Revolution mit der Übernahme einer Vertretung für Textilwaren selbstständig, später für Fahrräder und Autoreifen. In der Eppendorfer SPD-Parteiorganisation wurde er 1923 zum Distriktsführer gewählt. Wilhelm Bock gehörte dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold an und war 1933 Mitglied des Landesvorstands der SPD Hamburg. Darüber hinaus engagierte er sich in einer Hamburger Freimaurerloge. 1936 übernahm Bock ein Geschäft für den Verkauf und die Vermietung von Feld- und Eisenbahnen. Seine selbstständige Tätigkeit machte ihn finanziell unabhängig und ermöglichte ihm unauffällige Reisen und Kontakte im Zusammenhang mit der Widerstandsarbeit.

Wilhelm Bock nahm an der „Echo“-Versammlung teil, die am 15. und 16. Juni 1933 im Redaktionsgebäude der SPD-Parteizeitung stattfand. Die etwa 30 Teilnehmer wurden von den Nationalsozialisten verhaftet, misshandelt und nach fünf Wochen Haft wieder entlassen.

Seit wann sich Wilhelm Bock aktiv am Widerstand beteiligte, ist nicht bekannt. Nach dem Verbot

der SPD durch die Nationalsozialisten hatte Walter Schmedemann in Hamburg eine illegale Parteiführung aufgebaut. Die Widerstandsorganisation richtete einen eigenen Nachrichtendienst ein, der systematisch Informationen aus ganz Hamburg sammelte. Dieses Informationssystem lieferte auch die Nachrichten für die Roten Blätter, das illegale Organ der Hamburger SPD, das wöchentlich mit einer Auflage von mehreren 1000 Exemplare hergestellt wurde und auch über Hamburg hinaus verbreitet wurde. Gleichzeitig wurden die gesammelten Informationen über Kuriere dem Prager Exilvorstand zur Verfügung gestellt. Die dort eingegangenen Nachrichten wurden in den Deutschland-Berichten veröffentlicht und wieder ins Land geschmuggelt. Über geheime Vertriebswege wurden die illegalen Schriften des Exilvorstands aus Dänemark oder der Tschechoslowakei nach Hamburg geschafft und verteilt.

Nach mehreren Verhaftungswellen stellte die illegale Parteiführung in Hamburg die Produktion eigener Schriften ein. Von Kopenhagen aus koordinierte Richard Hansen im Auftrag des Parteivorstands die Widerstandsarbeit. Vermutlich schon 1936 spätestens aber 1937 übernahm Walter Siering aus Eppendorf die Leitung der Widerstandsaktivitäten in Hamburg und organisierte den Informationsaustausch sowie die Materiallieferungen mit Richard Hansen. Nach Sierings Angaben war Wilhelm Bock, der über zahlreiche Kontakte vom Bürgertum bis zu Militärkreisen verfügte, seine wichtigste Stütze. 1937 kam Wilhelm Bock zu Beratungen mit Richard Hansen im dänischen Kolding zusammen. Am 1. März 1938 erhielt Siering die Mitteilung aus Kopenhagen, dass zwei Tage später eine Lieferung eintreffen würde, die am Hamburger Hauptbahnhof zu übernehmen sei. Siering, der durch die Verhaftung eines Sozialdemokraten, der von den Aktivitäten Kenntnis hatte, beunruhigt war, traf sich mit Bock, um die Lage zu beraten. Dieser riet zur sofortigen Flucht nach Dänemark und versprach, sich um die Sendung des illegalen Materials zu kümmern.

Mit seinem Parteifreund, dem Kolonialwarenhändler Robert Finnern, der sein Fahrzeug zum Transport zur Verfügung stellte, wollte Wilhelm Bock die Lieferung in Empfang nehmen. Als am 3. März 1938 Finnern um 19.30 Uhr zur Übergabe der illegalen Sendung aus Dänemark durch den Kieler Sozialdemokraten Oskar Nielsen erschien, griff die Gestapo zu. Der Koffer mit dem illegalen Material enthielt 4 000 Exemplare der Flugschrift Flugschriften wie „Lasst Tatsachen sprechen“ sowie eine nicht näher bekannte Anzahl von Postsendungen. Noch am gleichen Abend wurde Wilhelm Bock verhaftet. Dieser hatte vermutlich schon unter Beobachtung gestanden, denn ein Gestapo-Spitzel hatte alle Einzelheiten verraten und die Verhaftung von langer Hand vorbereitet. Auch die beiden Ehefrauen Hilde Finnern und Wiebke Bock sowie der zwanzigjährige Wilhelm Bock Junior wurden für mehrere Tage verhaftet.

Oskar Nielsen war den Methoden der Gestapo nicht gewachsen und starb schon nach zwei Tagen Haft. Wilhelm Bock und Robert Finnern wurde der Prozess vor dem Volksgerichtshof gemacht.

Am 23. August 1938 wurden die beiden Angeklagten wegen Beihilfe zur Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Nachdem die beiden Männer ihre Strafe verbüßt hatten, wurden sie nicht freigelassen, sondern ins KZ Sachsenhausen überführt. Hier starb Wilhelm Bock am 21. August 1940 an Lungenentzündung, Herzschwäche und Darmkatarrh, wie es in der telegrafischen Nachricht hieß. Sein Parteifreund Robert Finnern war wenige Monate zuvor ebenfalls in Sachsenhausen verstorben.

1985 wurde in Alsterdorf der Wilhelm-Bock-Weg nach dem Widerstandskämpfer benannt. Die Verlegung eines Stolpersteins vor seinem letzten Wohnsitz im Hegestieg 14 fand 2009 statt. Ein weiterer Stolperstein erinnert seit 2010 vor dem SPD-Parteihaus in der Kurt Schumacher Allee 10 an ihn.

Friedrich Wilhelm Born

*18.4.1903

Friedrich Born wurde in Magdeburg geboren und absolvierte nach der Volksschule von 1917 bis 1921 eine Ausbildung als Maschinenbauer. Anschließend arbeitete er in seinem Beruf, ab 1925 war er als Heizungsmonteur tätig und fand 1932 eine Anstellung als Heizungsmonteur und Montagemeister bei der Wandsbeker Firma Karl M. Gross KG.

Friedrich Born wurde1925 Mitglied der SPD und trat in das Reichsbanner ein. Hier betätigte er sich in Zusammenarbeit mit dem Oberleutnant der Polizei, Carl Breuer, als Ausbilder der Schutzformation (Schufo). Born wohnte in der Düppelstraße 51 und engagierte sich im SPD Distrikt Harvestehude-Hoheluft zunächst als Bezirksleiter und später als Pionierleiter. Im Februar 1932 wurde er zum Distriktsführer gewählt.

Da Friedrich Born an mehreren Zusammenstößen des Reichsbanners mit der SA beteiligt war, sah er sich unmittelbar nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Hamburg der Verfolgung ausgesetzt. Bereits am 7. März 1933 suchten SA Männer bei ihm nach Waffen. Im April 1933 wurden er und andere Sozialdemokraten abgeholt. Born wurde aufgefordert, Aussagen, die er im Zusammenhang mit den Zusammenstößen gemacht hatte, zurückzunehmen. Auch verlangten die NS-Schergen von Born, an Hitlers Geburtstag die Hakenkreuzflagge zu hissen. Daraufhin tauchte Friedrich Born mehrere Wochen unter und nahm seine Arbeit erst wieder auf, als sich die Lage etwas beruhigt hatte. Am 15. Juni 1933 folgte er der nach seiner Erinnerung „offiziell einberufenen Sitzung der Funktionäre der S.P.D. im Hamburger Echo“ und wurde verhaftet.

Nachdem Friedrich Born zusammen mit anderen Teilnehmern am 22. Juli 1933 aus dem Gefängnis entlassen worden war, geriet er bereits zwei Tage später wieder in Haft. Born wurde im Zusammenhang mit Waffenfunden gesucht und nach seiner Verhaftung geprügelt, getreten und 24 Stunden in einem Schrank eingesperrt. Die schwere Misshandlung führte später zum Verlust der Zähne. Zusammen mir drei weiteren Reichsbannermännern kam er am 7. August 1933 vor ein Schnellgericht. Da die Gewehre ordnungsgemäß von der Einwohnerwehr übernommen worden waren, wurden nur die beiden Waffenbesitzer wegen Verbrechen gegen das Schusswaffengesetz zu sechs Monaten Haft verurteilt. Friedrich Born wurde hingegen auf der Grundlage der „Schleicher-Amnestie“ freigesprochen. Die Gestapo ließ ihn allerdings nicht frei, sondern überführte ihn in das Konzentrationslager Fuhlsbüttel, wo er noch bis zum 28. August 1933 gefangen gehalten wurde.

Friedrich Born konnte seine Arbeit in seiner Firma zunächst wieder aufnehmen. Im November 1934 erhielt er – nach seiner Ansicht aus politischen Gründen – die Kündigung. Das Arbeitsamt lehnte eine Vermittlung ab. Schließlich fand Born mit Hilfe von Gleichgesinnten Ende Januar 1935 einen Arbeitsplatz bei der Firma Heidenreich & Harbeck, bei der schon andere Verfolgte untergekommen waren. Die Verfolgung durch die Nationalsozialisten dauerte an. Als im März 1938 Robert Finnern und Wilhelm Bock wegen einer Sendung illegalen Materials aus Dänemark verhaftet wurden, musste Friedrich Born erneut eine Hausdurchsuchung über sich ergehen lassen. Nach 1945 engagierte sich Friedrich Born beim Wiederaufbau der SPD und übernahm wieder die Funktion eines Distriktsleiters. Friedrich Born arbeitete zunächst als Behördenangestellter im Amt für Wirtschaft und von 1947 bis 1961 als kaufmännischer Angestellter bevor er Sachbearbeiter beim Bundesluftschutzverband wurde.

Heinrich Karl Adolf Braune

*8.11 1904 †14.11.1990

Aus der Wiedergutmachungsakte:

III. Angaben über Verfolgung

Auf Grund der Verfolgung, aus politischen Gründen, der N.S.D.A.P. wurde ich als Funktionär (Distriktsleiter) der S.P.D. am 16.6.1933 im „Hamburger Echo" mit 32 anderen Funktionären, wie Schönfelder, Meitmann, Staudinger, Podeyn, Schmedemann, Grete Zabe, Karpinski u. anderen verhaftet und unter Anklage wegen Hochverrat gestellt, am 22.7.33 entlassen. Am 24.7.33 erneut verhaftet und es wurde mir ein Verfahren, als Waffenmeister des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold gegen mich eröffnet wegen Verbrechen gegen das Schußwaffengesetz. Vor einem Schnellgericht wurde ich auf Grund der Schleicher-Amnestie vom Dezember 32 freigesprochen. Mit diesem Freispruch war die Gestapo nicht einverstanden und ich wurde nach Fuhlsbüttel, Frauenzuchthaus C 4 überführt, von hier am 28.8.1933 entlassen, jedoch unter Polizeiaufsicht gestellt, welche im Dezember 33 aufgehoben wurde. Während dieser Zeit wurde meine Entlassung [aus dem Betrieb, d.V.] betrieben & 7 Hausdurchsuchungen vorgenommen, bei welchen mir 17 Bücher, welche, da es sich zum Teil um Jubiläumsausgaben handelt, überhaupt nicht ersetzt werden können, ein Teil kann ich nicht mehr genau angeben. Meine R.B. [Reichsbanner] Ausrüstung wurde beschlagnahmt. Seiner Zeit stand ich in Beschäftigung als Heizungsmonteur & Montagemeister und hatte einen Lohn von 1,52 RM, durch wiederholtes Nachfassen der Gestapo wurde ich im November 1934 wegen Arbeitsmangel entlassen. Während den Vernehmungen bei der Gestapo wurden mir 22 Zähne losgeschlagen, welche nie wieder richtig fest wurden und ich in Behandlung bei Dr. Blanke-Rower auf Parodondose behandelt & operiert wurde, dadurch erreichte ich ein Einhalten, verlor jedoch Zahn um Zahn u. bin heute Prothesenträger.

Heinrich Braune wurde in Lüneburg geboren. Unter dem Eindruck des Kapp-Putsches wurde er 1922 Mitglied der SPD. Er legte 1924 das Lehrerexamen ab und studierte anschließend Psychologie, Philosophie und Volkswirtschaft. Bereits im darauf folgenden Jahr wurde er Redakteur beim „Hamburger Echo" und leitete das Feuilleton. Darüber hinaus arbeitete er als Sonderkorrespondent für verschiedene Blätter im Ausland und als Auslandskorrespondent für den damals noch jungen Rundfunk. Mit dem Verbot der Parteizeitung verlor Heinrich Braune seine wirtschaftliche Existenz. Vermutlich nahm er als bisheriger Mitarbeiter an der „Echo"-Versammlung teil.

Heinrich Braune erhielt Berufsverbot und war nach seiner Entlassung aus der Haft arbeitslos. Im November 1933 wurde er noch einmal zehn Tage im KZ Fuhlsbüttel gefangen gehalten. Seine Bemühungen, sich eine neue Existenz als freier Schriftsteller aufzubauen, scheiterten zunächst daran, dass er nicht in den gleichgeschalteten Reichsverband Deutscher Schriftsteller, später Reichsschrifttumskammer, aufgenommen wurde. Zwar erreichte er die Aufnahme im Jahre 1934, doch der Versuch, sich in Hamburg als Werbeberater zu etablieren, schlug fehl. Um der Verfolgung zu entgehen, verzog Heinrich Braune nach Berlin und fand 1935/36 Arbeit in der Filmbranche. Er wurde 1943 zur Wehrmacht eingezogen und kehrte im Sommer 1948 aus russischer Kriegsgefangenschaft zurück nach Hamburg. Am 1. Dezember 1948 setzte er seine Arbeit beim „Hamburger Echo" als stellvertretender Chefredakteur fort. Im Jahr darauf gründete er mit der „Hamburger Morgenpost" die erste deutsche Boulevardzeitung nach dem Krieg. Bis 1968 war er Chefredakteur der „Mopo" und bis 1986 ihr Herausgeber. Heinrich Braune wurde 1975 mit dem Bundesverdienstkreuz gegehrt. Er starb am 14. November 1990 in Hamburg.

Bernhard Ernst Martin Brügmann

*8.4.1899 †8.12.1987

Bernhard Brügmann wurde in Kiel geboren und besuchte bis 1913 die Volksschule. 1914 kam er nach Hamburg. Bis 1917 arbeitete bei verschiedenen Firmen als Hausdiener, Arbeitsbursche und Bote. Von 1917 bis 1919 leistete er Militärdienst. Von 1920 bis 1932 arbeitete er als Bote für die Deutsche Bank in Hamburg. Bernhard Brügmann gehörte der sozialdemokratischen Jugendorganisation an, wo er seine spätere Frau kennenlernte, und trat frühzeitig in die SPD ein. Er wohnte in der Tischbeinstraße Nr. 6 und leitete den SPD Distrikt Barmbek-Nord. 1933 gehörte er der Hamburgischen Bürgerschaft an. Als Distriktsführer nahm er an der „Echo"-Versammlung teil und wurde mehrere Wochen inhaftiert.

1934 wurde er wieder von der Deutschen Bank eingestellt. 1940 wurde Bernhard Brügmann zur Wehrmacht eingezogen. Nach dem Zweiten Weltkrieg arbeitete er wieder als Bote für die Deutsche Bank und engagiert sich im Betriebsrat, wo erden Vorsitz ausübte. Später übernahm er bis zum Eintritt in der Ruhestand 1965 als Prokurist Leitungsverantwortung. 1978 verzog Bernhard Brügmann zu seinem Sohn nach Rottenburg. Dort starb er am 8. Dezember 1987.

August Christoph Brunhöver

*5.12.1875 †9.3.1952

August Brunhöver wurde in Hamburg geboren. Bevor er 1908 Angestellter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wurde, arbeitete er auf der Werft als Nieter. August Brunhöver wohnte in der Heinestraße, heute Hamburger Berg, St. Pauli. 1910 heiratete er Anna Haberlandt. Er gehörte der SPD an und war von 1912 bis 1918 Distriktsführer. Von 1929 bis 1933 war er Mitglied des Landesvorstands.

Nach der Besetzung des Gewerkschaftshauses wurde August Brunhöver zum 30. Juni 1933 entlassen. Er nahm an der „Echo"-Versammlung teil und blieb nach seiner Entlassung arbeitslos. Ab 1936 bezog er eine kleine Angestelltenrente in Höhe von monatlich 64,50 RM. Mitte 1939 gelang es August Brunhöver, beim Gemeinschaftswerk Versorgungsring Hamburg, dem Nachfolger der von den Nationalsozialisten zerschlagenen Konsumgenossenschaft „Produktion", eine Anstellung als Kontorist zu finden. Er verdiente zunächst monatlich 150 RM, später 190 RM. Seit Einkommen lag damit immer noch deutlich unter seinem früheren Gehalt bei der Gewerkschaft, das zuletzt 338 RM betragen hatte. Zum 1.1.1941 trat August Brunhöver in den Ruhestand. Er starb am 9. März 1952 in Hamburg.

Otto Bernhard Friedrich Burrmeister

*14.10.1899 †21.10.1966

Otto Burrmeister wurde als Sohn eines Bauhilfsarbeiters geboren und wuchs mit sieben Geschwistern in Hamburg auf. Nach der Volksschule machte er eine kaufmännische Ausbildung. Er trat während des Ersten Weltkrieges der Arbeiterjugend bei und gehörte als Soldat 1918/1919 in Hamburg dem Soldatenrat an. Als Autodidakt und durch den Besuch der Volkshochschule bildete sich Otto Burrmeister fort und übernahm bereits 1923 als Prokurist Leitungsverantwortung in einer Exportfirma. Später war er als Werbefachmann tätig. Otto Burrmeister entwarf das Zeichen der Eisernen Front, die drei Pfeile. Politische Arbeit leistete er im Distrikt Eimsbüttel. Als Teilnehmer der „Echo"-Versammlung wurde er inhaftiert. Otto Burrmeister beteiligte sich an Widerstandsaktivitäten und hatte Verbindungen nach Norwegen und Schweden. Nach seiner Entlassung war er fünf Jahre ohne Arbeit. Von 1939 bis 1945 musste er Kriegsdienst leisten.

Nach dem Krieg engagierte sich Otto Burrmeister beim Wiederaufbau der SPD und arbeitete als Verwaltungsdirektor am Deutschen Schauspielhaus in Hamburg. Im Winter 1946/47 organisierte er nichtgenehmigte Kohlentransporte von Recklinghausen nach Hamburg, um das Theater beheizen zu können. Unter der Schirmherrschaft von Bürgermeister Brauer traten im Sommer 1947 als Dank Hamburger Schauspieler in Recklinghausen auf. Aus dieser Initiative entstanden die Ruhrfestspiele.

1948 wechselte Otto Burrmeister als Kulturreferent zum DGB-Bundesvorstand. Er organisierte die Ruhrfestspiele und übte deren künstlerische Leitung von 1952 bis 1965 aus. Er war Träger des Kulturpreises des DGB. Für seine Verdienste wurden ihm 1959 das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik und 1966 die Ehrenbürgerschaft der Stadt Recklinghausen verliehen. Otto Burrmeister starb wenige Monate, nachdem er die Leitung der Festspiele abgegeben hatte, am 21. Oktober 1966.

In Recklinghausen wurde er mit der Benennung der Otto-Burrmeister-Allee und der Otto-Burrmeister-Realschule geehrt. In Hamburg wurde der Otto-Burrmeister-Ring in Hamburg-Bramfeld nach ihm benannt.

Gustav Dahrendorf

*8.2.1901 †30.10.1954

Als Sohn eines Arbeiters in Hamburg geboren, absolvierte er nach dem Besuch der Volksschule eine kaufmännische Lehre. Bereits 1917 trat er in die Gewerkschaft ein, 1918 wurde er Mitglied der SPD. Dahrendorf, der schon nach dem Schulabschluss Mitglied der Arbeiterjugend geworden war, engagierte sich später bei den Jungsozialisten. Er gehörte dem Reichsausschuss der Jungsozialisten an und war führend in dem 1923 gegründeten „Hofgeismarer Kreis" aktiv.

Nach der Berufsausbildung arbeitete Dahrendorf zunächst als Angestellter des Zentralverbands der Angestellten, 1924 wechselte er als Redakteur zum „Hamburger Echo". In der Weimarer Zeit entwickelte sich Dahrendorf in Hamburg zu einem vielversprechenden Nachwuchspolitiker. Er gehörte dem SPD-Landesvorstand von 1921 bis 1933 an, war Mitglied des Gauvorstands des Reichsbanners und wurde 1927 in die Hamburgische Bürgerschaft sowie am 6. November 1932 in den Reichstag gewählt.

Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurde Gustav Dahrendorf unter dem Bruch der Immunität am 24. März 1933 für drei Tage inhaftiert. In dieser Zeit erfolgte die Durchsuchung seiner Wohnung und die Beschlagnahmung von Literatur durch die Gestapo. Die neuen Machthaber veranlassten seine Entlassung als Redakteur. Dahrendorf nahm am 16. Juni 1933 an der Parteivorstands- und -ausschusssitzung im Redaktionsgebäude des Hamburger Echos in der Fehlandstraße teil. Er wurde wie die anderen Anwesenden von der Gestapo verhaftet und bis Anfang August 1933 gefangen gehalten.

Dahrendorf setzte sich nach Berlin ab und fand hier im Dezember 1933 eine Anstellung bei der Märkischen Brikett- und Kohlen-Verkaufs AG. Vermutlich brachte ihn das Vorstandsmitglied Herbert Dorendorf, der zuvor schon für die Sicherheit von Karl Meitmann gesorgt hatte, bei der Aktiengesellschaft unter. Dahrendorf erhielt am 1. Juli 1936 Prokura und wurde am 1. Mai 1940 Vorstandsmitglied und Direktor der Firma. Immerhin ermöglichte ihm die gesicherte wirtschaftliche Existenz, seinen Vater, Gustav Dahrendorf, und seinen Schwiegervater, Otto Witt, finanziell zu unterstützen. Beide, der eine als Angestellter beim Arbeitsamt, der andere als Gärtner bei der Friedhofsverwaltung Ohlsdorf, waren von den Nationalsozialisten 1933 aus politischen Gründen entlassen worden.

Dahrendorf unterhielt Kontakt zu dem Widerstandskreis um Theodor Haubauch, Julius Leber und Wilhelm Leuschner und beteiligte sich aktiv an den Umsturzplanungen. Er war für den Wehrkreis X (Hamburg) als politischer Beauftragter vorgesehen. Nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 erfolgte drei Tage später seine Verhaftung in Buckow / Märkische Schweiz. Unter dem Vorwurf des Landesverrats wurde ihm vor dem Volksgerichtshof der Prozess gemacht. Während die Mitangeklagten Julius Leber, Hermann Maass und Adolf Reichwein wegen ihrer Zusammenarbeit mit Wilhelm Leuschner und Carl Friedrich Goerdeler am 20. Oktober 1944 zum Tode verurteilt wurden, erhielt Dahrendorf für seine Mitwisserschaft sieben Jahre Zuchthaus. Bis zu seiner Verurteilung wurde er im Berliner Gestapo-Gefängnis und im KZ Ravensbrück gefangen gehalten. Hier war er schweren körperlichen Misshandlungen ausgesetzt. Am 28. April 1945 wurde er von sowjetischen Panzertruppen aus dem Zuchthaus Brandenburg befreit. Auch der erst 15-jährige Sohn Ralf wurde Ende November 1944 verhaftet und bis zum 30. Januar 1945 in einem KZ bei Frankfurt an der Oder gefangen gehalten.

Nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes arbeitete Dahrendorf im Juni und Juli 1945 beim Magistrat der Stadt Berlin. Von August 1945 bis Januar 1946 war er als Vizepräsident der Deutschen Zentralverwaltung der Brennstoffindustrie für die Sowjetische Zone tätig. Er engagierte sich beim Aufbau der Berliner SPD und wurde in den sozialdemokratischen Zentralausschuss gewählt. Anfangs von der Notwendigkeit einer Zusammenführung von SPD und KPD überzeugt, bekämpfte er bald die von der sowjetischen Besatzungsmacht betriebene Zwangsvereinigung.

Nachdem Gegner der Vereinigung verhaftet oder verschwunden waren, floh Dahrendorf nach Hamburg. Er wurde in den Vorstand der Konsumgenossenschaft „Produktion" gewählt, 1948 erfolgte seine Berufung in die Geschäftsführung der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumgenossenschaften (GEG), später wurde er Vorsitzender der Geschäftsleitung. Darüber hinaus übte er ab 1951 im Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften den Vorsitz aus.

Dahrendorf wurde im Oktober 1946 in die Hamburgische Bürgerschaft gewählt und gehörte ab 1948 dem Fraktionsvorstand an. Als Vizepräsident war er von 1947 bis 1949 im Frankfurter Wirtschaftsrat tätig. Gustav Dahrendorf erlag am 30. Oktober 1954 in Braunlage/Harz einem Herzleiden.

In Berlin-Charlottenburg wurde 1957 die Dahrendorfzeile nach ihm benannt, in Hamburg-Horn 1964 der Dahrendorfweg.

Mitteilungen von Herrn Gustav Dahrendorf für Herrn Dr. Hefter und Herrn Biermann von der Forschungsstelle am 25. September 1950[4]:

… Kaufmann war sehr bemüht, Kontakt zur Arbeiterschaft zu erhalten. Er war sich der Stärke der organisierten Arbeiterschaft in Hamburg durchaus bewusst. So war er auch daran interessiert, die Leser des bereits verbotenen „Hamburger Echo" für den „Hamburger Anzeiger" zu gewinnen, den die Nationalsozialisten kontrollierten. Diese Bemühungen hatten aber keinen Erfolg, und so entstand der Plan bei ihnen, das „Hamburger Echo" mit einer anderen Redaktion evt. wieder aufzumachen. Kaufmann wandte sich im Mai 1933 mit einem diesbezüglichen Vorschlag über einen Mittelsmann an den früheren Schulsenator Emil Krause. (Auch ein ehemaliges Mitglied der Echo-Redaktion) In diesem Plan war vorgesehen, dass D[ahrendorf]. Chefredakteur der neuen Echo-Redaktion werden sollte mit der Berechtigung, von sich aus 3 Redakteure zu benennen, während die Nationalsozialisten 3 weitere Redakteure bestimmen würden.

D[ahrendorf]. stand zwar dem Plan von vornherein ablehnend gegenüber, wollte aber die dadurch gegebene Möglichkeit zu einer Aussprache unter den führenden Sozialdemokraten benutzen. Er ließ daher Kaufmann sagen, er müsse die Angelegenheit im Kreise seiner Freunde besprechen. Kaufmann gab hierzu seine Zustimmung.

Die hiernach einberufene Sitzung fand (wahrscheinlich) am 13. Juni 1933 [richtig: 15. Juni] statt. D[ahrendorf]. kann den Termin nicht mit voller Sicherheit bestimmen; er besaß aber zu dieser Zeit noch seinen Reichstagsausweis. Bei der Beratung, die in Räumen in der Fehlandstrasse vor sich ging, waren etwa 30–40 führende Vertreter der SPD anwesend, darunter Schönfelder, Meitmann, Eisenbarth, Podeyn, Dr. Staudinger, Dr. Mette, Saalfeld. Die Sitzung dauerte bis Mitternacht, und es wurde beschlossen, da man annahm, die Erlaubnis dafür zu haben, sie am nächsten Tag fortzusetzen. Am folgenden Tag trat man im Sitzungssaal der SPD in der Theaterstraße zusammen. Gegen 11 Uhr hörte man Geräusche von draussen. Durch die Fenster kamen etwa 6 SA-Leute mit gezücktem Revolver, die „Hände hoch!" riefen. Dr. Mette gelang es als einzigem, aus der Versammlung zu entkommen; die anderen wurden

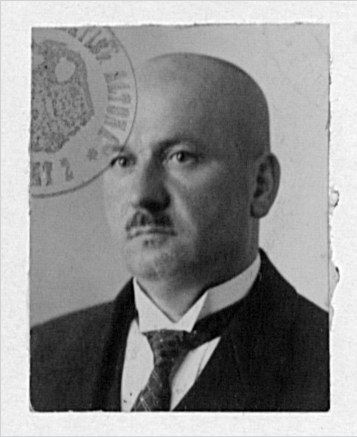
zum Quartier des Kommandos z.b.V. in den Grossen Bleichen brach.

Zu dieser Zeit gab es noch kein System der Quälerei von Gefangenen, und die Nazis schöpften aus ihrer eigenen, noch dürftigen und mehr kindlichen als sadistischen Fantasie. D[ahrendorf]. musste einen „Weihnachtsbaum“ aus schwarzrotgoldenen Bändern anfertigen sowie einen der Titel aus dem „Hamburger Anzeiger“ über Hitler vorlesen, wobei man ihm die richtige Betonung beizubringen versuchte. Im Laufe der Nacht erschien Kaufmann mit seinem Stab, darunter Richter, Stanik, Grahl (Letzterer hat sich 1945 umgebracht). Kaufmann vernahm D[ahrendorf]. und behauptete, man hätte am Versammlungsort das Exemplar einer vervielfältigen Denkschrift gefunden. Dahrendorfs Hinweis auf die Genehmigung der Versammlung blieb ohne jeden Eindruck auf Kaufmann

In der Nacht wurden einige der Gefangenen misshandelt, darunter Schönfelder und Meitmann. Die Gefangenen wurden dann in das Strafjustizgebäude gebracht, von wo Dahrendorf und Meitmann nach Fuhlsbüttel kamen. Die beiden wurden als letzte im August entlassen mit der Auflage, sich regelmäßig bei der Polizei zu melden. D[ahrendorf]., der keine Arbeit hatte, hielt in dieser Zeit Arbeitslosenunterstützung. Kaufmann gab dann seine Genehmigung zur Übersiedlung D[ahrendorf].‘s nach Berlin, wo er sich auch polizeilich melden musste.

Heinrich Eisenbarth

*7.7.1884 †1.8.1950



Heinrich Eisenbarth wurde in Koblenz geboren. Nach dem Besuch der Volksschule erlernte er bis 1901 das Tischlerhandwerk. Anschließend begab er sich auf Wanderschaft und leistete Militärdienst. 1907 kam Heinrich Eisenbarth nach Hamburg, wo er sich im darauf folgenden Jahr der SPD anschloss. Von 1915 bis 1918 nahm er am Ersten Weltkrieg teil. Nach seiner Rückkehr fand er eine Anstellung beim Hamburger Arbeitsamt. 1919 wurde er in die Hamburgische Bürgerschaft gewählt, der er bis 1933 angehörte. Ebenfalls von 1919 bis 1933 übte er das Amt des 2. Vorsitzenden der Hamburger SPD aus und bis 1930 führte er im Reichsbanner den Gau Hamburg-Bremen-Nordhannover. Als Senator leitete Heinrich Eisenbarth von 1925 bis 1933 die Jugend- und Gesundheitsbehörde. Wegen der Teilnahme an der „Echo“-Versammlung kam er 1933 für mehrere Wochen in Haft. Nach dem Hitler-Attentat von 20. Juli 1944 wurde Heinrich Eisenbarth im Zuge der „Aktion Gewitter“ erneut verhaftet. Nach der Befreiung wurde er wieder zum Senator berufen und übernahm seine früheren Aufgaben. Unter Bürgermeister Max Brauer wechselte er als Senator zur Sozialbehörde. Später gehörte auch die Arbeitsbehörde in seine Zuständigkeit. Heinrich Eisenbarth starb am 1. August 1950.

Robert Finnern

*13.3.1894 †22.4.1940

Robert Finnern wurde in Hamburg geboren und erlernte nach dem Schulbesuch das Schlosserhandwerk. Von 1919 bis 1926 war er als Schlossergeselle in der Kunst- und Bauschlosserei H. L. Meinhardt tätig. Anschließend wechselte er zur Konsumgenossenschaft „Produktion", wo er bis zum 1. April 1933 beschäftigt war.

Robert Finnern trat 1912 in die SPD ein. 1920 übernahm er die Funktion eines Bezirksführers, von 1929 bis 1933 war er Distriktsführer in Eppendorf-Winterhude. In dieser Eigenschaft nahm er am 16. Juni 1933 an der Parteivorstands- und -ausschusssitzung im Redaktionsgebäude des „Hamburger Echo" in der Fehlandstraße teil. Bei der Besetzung des Hauses durch die Gestapo wurde auch Finnern verhaftet. Nach sechs Wochen Schutzhaft wurde er am 29. Juli 1933 wieder freigelassen. Seine Frau Hilde hatte während dieser Zeit zwei Hausdurchsuchungen erdulden müssen.

Der politisch motivierten Entlassung bei der „Produktion" folgte eine Zeit der Arbeitslosigkeit bis es Robert Finnern und seiner Frau unter Zuhilfenahme eines Darlehens gelang, am 15. Januar 1934 in Eppendorf, Im Tale 27, ein kleines Kolonialwarengeschäft zu eröffnen.

Mehrere Jahre war Robert Finnern aktiv im Widerstand. Der Prozessakte zufolge erhielt die Gruppe um Finnern zunächst von Walter Siering illegale Schriften wie „Neuer Vorwärts" und „Sozialistische Aktion". Später fuhr der mit Finnern verurteilte Wilhelm Bock nach Kopenhagen und holte Material nach Hamburg. Am 3. März 1938 war für 19.30 Uhr die Übergabe einer illegalen Sendung aus Dänemark durch den Kieler Sozialdemokraten Oskar Nielsen an Finnern verabredet. Zu diesem Zeitpunkt standen beide bereits unter Beobachtung. Der überbrachte Koffer enthielt mehrere tausend Exemplare der Flugschrift „Laßt Tatsachen sprechen!". Nielsen und Finnern wurden noch am gleichen Abend verhaftet. Sodann führte die Gestapo eine Hausdurchsuchung durch und nahm auch Hilde Finnern für vier Tage in Haft. Nielsen war nach zwei Tagen Polizeihaft tot. Robert Finnern und Wilhelm Bock wurde vor dem Volksgerichtshof in Berlin der Prozess gemacht. In der Anklageschrift wurde ausführlich aus dem beschlagnahmten Flugblatt zitiert:

„Wir sind gegen die fünfjährige Schande, gegen braunes Parteibuch, braunes Amt und braune Verschwendung, braunen Bettelsack und braunen Fettwanst, die das Volk ausbeuten und immer tiefer in Not und Elend stoßen [...] Wir sind dagegen, dass der versoffene Ley und seine Kumpanei über Lohn und Brot der Arbeiter bestimmen, dass der Mann, der den Staat trägt, Bürger, Bauer und Beamter, von den Großen ausgebeutet wird, wir sind dagegen, dass dem Volk der Mund zugehalten wird, [...] dass die Dummheit über das Wissen, dass der Banause über den Künstler, dass die Uniform über den Zivilisten, dass Gesindel über das anständige Deutschland herrscht [...]

Jeder Krieg, den Deutschland wagt, wird zum Zermürbungskrieg werden [...] Es fehlt schon jetzt an Getreide und Nahrungsmitteln, es fehlt an Eisen und Stahl, an Holz und Zement. Frankreich liegt hinter seiner Maginot-Linie unerreichbar [...] Englands ‚Schattenindustrie' für Flugzeuge ist heute schon [...] größer als die deutsche Fabrikation [...] Will Deutschland gegen die Welt einen Zermürbungskrieg beginnen, bei dem es selbst mit der Brotkarte anfängt, die SA als braune Kolonialtruppen benutzt, um das eigene Hinterland und die Rüstungsarbeiter zu bewachen und Söhne marschieren lässt, deren Väter im Konzentrationslager sitzen?[...]

Oskar Emil Göthel

*20.2.1878 †1941

Heute wird das deutsche Volk wie ein Negerstaat von Eroberern regiert. Keine freie Presse, keine freie Meinung, keine Versammlungs- und Vereinsfreiheit. Was die Bonzen in ihrem Gral aushecken, das soll das Volk ausbaden [...] Die Arbeiter sind seit fünf Jahren Gegner des Nazisystems, der Mittelstand hat seit vier Jahren die Nase voll, die Bauern wissen seit drei Jahren, dass sie sich getäuscht haben, die Industrie ist seit zwei Jahren klüger geworden, die Bürokratie, die Diplomaten und die Generale – sie haben sich das anders vorgestellt [...] Erst wenn sie begreifen, dass sie mit dem freiheitsliebenden Volke, mit den wahren Patrioten gehen müssen, dass sie den Mut haben müssen, offen für ein anständiges, sauberes, freies Deutschland einzutreten – dann lebt der Nationalsozialismus keine vierundzwanzig Stunden länger! Es lebe das freie Deutschland!"

Am 23. August 1938 wurden die beiden Angeklagten wegen Beihilfe zur Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Nachdem Robert Finnern seine Strafe in Fuhlsbüttel verbüßt hatte, wurde er nicht freigelassen, sondern ins KZ Sachsenhausen überführt. Hier starb er am 22. April 1940 nach offiziellen Angaben an einer Lungenentzündung.

In Alsterdorf wurde 1985 der Robert-Finnern-Weg nach ihm benannt. Vor seinem letzten Wohnsitz Im Tale 27 wurde ein Stolperstein verlegt.

Emil Göthel wurde am 20. Februar 1878 als Sohn eines Maurers in Ober-Schöna bei Freiberg geboren. Er besuchte die Volksschule und war anschließend als Former tätig. 1915 zog er nach Hamburg, wo er in seinem Beruf arbeitete. 1930 wurde Emil Göthel arbeitslos. Es gelang ihm nicht, wieder eine Dauerstellung zu erhalten. Göthel betätigte sich als Werber für die SPD-Parteizeitung „Hamburger Echo" und die Versicherungsgesellschaft Volksfürsorge. Er wohnte in der Menckesallee 23 zur Untermiete.

Seit wann Emil Göthel der SPD angehörte, ist nicht bekannt. Im Distrikt Eilbek fungierte er 1933 als Bezirksführer. Als am 16. Juni 1933 noch einmal ca. 30 führende Hamburger Sozialdemokraten im Redaktionsgebäude des Hamburger Echos zusammenkamen, gehörte auch Emil Göthel zu den Teilnehmern. Er vertrat den Vorsitzenden des mitgliederstarken Distrikts Eilbek, Walter Schmedemann, der die Sitzung vorzeitig verlassen musste. Die Nationalsozialisten sprengten die Veranstaltung und verhafteten die Anwesenden. Dabei kam es gegenüber den Verhafteten zu Schikanen, Demütigungen und Misshandlungen. Die Versammlungsteilnehmer beriefen sich auf eine von Gauleiter Kaufmann erteilte Genehmigung zur Beratung über die Fortführung des Hamburger Echo. Da nichts Gegenteiliges bewiesen werden konnte, wurde Emil Göthel mit einem Großteil der Teilnehmer nach mehrwöchiger Haft entlassen. Wenige Wochen später geriet Göthel erneut in den Verdacht, in Eilbek illegal für die SPD zu arbeiten. Nach 16 Tagen Haft wurde Göthel am 19. Oktober 1933 aus Mangel an Beweisen frei gelassen.

Unter Walter Schmedemann entwickelte sich Eilbek zum Zentrum des Widerstands. Von hieraus operierte die illegale Führung der Hamburger SPD. Als Schme-

demann und sein engster Führungskreis Ende 1934 verhaftet wurden, übernahm John Kienow zusammen mit Emil Göthel die Leitung. Bereits im Sommer 1935 kam die Gestapo auch dieser Gruppe auf die Spur. Nach der im August 1935 durchgeführten Verhaftung folgte am 30. Juni 1936 die Verurteilung durch das Hanseatische Oberlandesgericht. Göthel wurde vorgeworfen, sich seit 1933 an den Widerstandsaktivitäten von Walter Schmedemann beteiligt zu haben. Der wahre Umfang seiner Tätigkeit konnte allerdings nicht aufgedeckt werden. Für die Weitergabe illegaler Schriften, für die Kassierung kleiner Geldbeträge, für die Beschaffung eines Besprechungsraums und für die Teilnahme an drei bis vier Treffen erhielt Emil Göthel mit viereinhalb Jahren Zuchthaus die höchste Strafe von den insgesamt sechs Angeklagten. Zur Verbüßung der Haftstrafe wurde Emil Göthel am 6. August 1936 nach Bremen verlegt.

Emil Göthel starb 1941 an den Folgen der Haft.

Hedwig Bertha Günther (geb. Brosterhues)

*14.6.1896 †11.4.1966

Hedwig Brosterhues wurde in Hamburg geboren und absolvierte nach der Volksschule eine kaufmännische Ausbildung. Bis zu ihrer Heirat 1923 war sie als Kontoristin und Buchhalterin tätig. Hedwig Günther gehörte von 1911 bis 1914 dem Arbeiterjugendbund der SPD an. Ab 1928 war sie Vorstandsmitglied des Frauenaktionsausschusses der SPD. Nach dem Krieg engagierte sich Hedwig Günther wieder für die SPD. Von 1946 bis 1957 war sie Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft. Hedwig Günther starb am 11. April 1966.

Paul Hartlein

*15.7.1872 †4.4.1941

Paul Hartlein hat als Maschinist gearbeitet und war seit 1903 mit Luise Lütjens verheiratet. Paul Hartlein, der seit 1910 der SPD angehörte, wohnte in der Deichstraße 25 und leitete bis 1933 den SPD-Distrikt Altstadt. Zuletzt war er beim „Hamburger Echo“ als Pförtner beschäftigt. Diese Tätigkeit übte er auch am 16. Juni 1933 aus, als die Teilnehmer der Versammlung im Redaktionsgebäude verhaftet wurden. Paul Hartlein war der älteste Opfer der Verhaftungsaktion und musste seinen 71. Geburtstag im Gefängnis verbringen. Paul Hartlein starb am 1. April 1941.

Hartleins Tochter Emma hat die Vorgänge beobachtet und berichtete darüber 1954:

„Ich weiß genau, dass Herr Willi Schmedemann seinerzeit zusammen mit meinem Vater und den übrigen im Parteibüro anwesenden Mitgliedern der SPD auf einen Lastwagen geladen und von der Gestapo abgeführt wurde. Ich wohnte damals in der Fehlandstraße und habe mit eigenen Augen den Menschenauflauf in der Theaterstraße und den Abtransport der Verhafteten gesehen.“

Paula Karpinski

*6.11.1897 †8.3.2005

Paula Karpinski wurde am 6. November 1897 in Hamburg geboren und wuchs in einem sozialdemokratischen Elternhaus auf. Der Vater war Hafenarbeiter, die Mutter bis zur Heirat Dienstmädchen. Nach einem Abschluss an der Handelsschule arbeitete Paula Karpinski von 1913 bis 1925 als Kontoristin, Stenotypistin und Buchhalterin. Von 1925 bis 1927 besuchte sie das Sozialpädagogische Institut. Nach einen einjährigen Praktikum beim Arbeitsamt konnte sie ihre Ausbildung als staatlich geprüfte Wohlfahrtspflegerin abschließen.

Im Alter von 14 Jahren trat Paula Karpinksi in den Arbeiterjugendbund ein. Zwei Jahre später wurde sie Mitglied der SPD. Sie engagierte sich in der Frauenarbeit und wurde 1928 in den SPD-Landesvorstand und den Frauenaktionsausschuss gewählt. Von 1931 bis 1933 gehörte sie der Hamburgischen Bürgerschaft an. Als am 16. Juni 1933 die Teilnehmer der Parteivorstands- und –ausschusssitzung in Redaktionsgebäude des ”Hamburger Echo” in der Fehlandstraße von der Gestapo festgenommen wurden, befand sich auch Paula Karpinski unter den Verhafteten. Wie die anderen Frauen, Hedwig Günther, Grete Zabe und Irma Keilhack, wurde auch sie nach elf Tagen Haft frei gelassen. Nach dem Attentat auf Hitler wurde sie noch einmal sieben Wochen im KZ Fuhlsbüttel inhaftiert.

Nach dem Ende der NS-Diktatur beteiligte sich Paula Karpinski am demokratischen Aufbau. Sie gehörte dem SPD-Landesvorstand von 1945 bis 1960 an und war Mitglied im Parteiausschuss der Westzonen. Sie engagierte sich bei der Gründung des „Hamburger Frauenrings e.V.“ und baute die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) auf, deren Vorsitzende sie von 1946 bis 1949 war. Im Oktober 1946 kandidierte sie erfolgreich für die Bürgerschaft. Im darauffolgenden Monat übernahm sie als erste

Frau in der Geschichte der Hansestadt das Amt eines Senators. Von 1946 bis 1953 sowie von 1957 bis 1961 leitete Paula Karpinski die Jugendbehörde, von 1951 bis 1953 zusätzlich noch das Sportamt. Nachdem sie aus dem Senat ausgeschieden war, blieb sie noch bis 1968 Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft.

Für ihre Verdienste wurde Paula Karpinski 1967 mit der Otto-Stolten-Medaille ausgezeichnet. Sie starb am 8. März 2005 in Hamburg.

Adolf Hermann Keilhack

*19.4.1907 †12.7.1974

Adolf Keilhack wurde in Hamburg geboren und besuchte die Volksschule. Nach dem Schulabschluss begann er 1922 eine Ausbildung zum Zimmerer, die er 1925 abschloss.

Frühzeitig schloss er sich der sozialdemokratischen Jugendorganisation an und trat in die SPD ein. 1927 nahm Adolf Keilhack eine Tätigkeit als Volontär im Zentralbüro der SPD Landesorganisation Hamburg auf. Bereits im darauf folgenden Jahr wurde er hauptamtlicher Leiter der Betriebsgruppen im Städtegebiet Groß-Hamburg. Ab 1930 war er zuständig für die Agitations- und Organisationsarbeit im Hamburger Landgebiet.

Adolf Keilhack nahm an der „Echo"-Versammlung teil und war nach seiner Entlassung aus der Haft ab dem 31. Juli 1933 arbeitslos, da die Nationalsozialisten die SPD inzwischen verboten hatten. Erst im Juli 1934 konnte er in Mecklenburg wieder eine Arbeit aufnehmen. Bis Mitte 1936 arbeitete Keilhack mit Unterbrechungen für verschiedene Baufirmen u.a. als Zimmerer. Eine anschließende fast zweijährige Tätigkeit in einer Grundstückverwaltung mit Fortbildungsmaßnahmen legte den Grundstein für die berufliche Selbstständigkeit, die er von 1938 bis zur Einberufung zur Wehrmacht 1940 als Grundstücksmakler und Verwalter ausübte.

Adolf Keilhack heiratete 1935 Irma Schweder. Beide kannten sich aus der gemeinsamen Jungsozialisten-Zeit. Sie unterhielten Kontakt zu früheren Gruppenmitgliedern und gründeten unter dem Dachverband des Norddeutschen Wanderbundes die „Hamburger Wanderfreunde", um unverdächtig Treffen, Wanderungen und Fahrten durchführen zu können.

Unmittelbar nach Kriegsende stellte sich Adolf Keilhack dem Wiederaufbau der SPD zur Verfügung.

Irma Keilhack (geb. Schweder)

*25.1.1908 †3.6.2001

Ab dem ersten 1. November 1945, noch bevor die SPD in Hamburg offiziell von der britischen Militärregierung genehmigt worden war, wurde Adolf Keilhack von der Partei wieder als Sekretär beschäftigt. Am 31. Dezember 1953 schied er aus dem Parteidienst aus, um am 1. März 1954 die Geschäftsführung der Wohnungsbaugenossenschaft Gartenstadt Hamburg zu übernehmen. Adolf Keilhack gehörte von 1957 bis 1961 der Hamburgischen Bürgerschaft an. Er starb am 12. Juli 1974.

Irma Keilhack wurde am 25. Januar 1908 in Hamburg geboren und wuchs in einer sozialdemokratischen Arbeiterfamilie auf. Der Vater war kurz nach der Jahrhundertwende aus einem mecklenburgischen Dorf gekommen und hatte zunächst als Hafenarbeiter Beschäftigung gefunden.

Nach dem Besuch der Volksschule absolvierte sie eine Ausbildung als Büroangestellte. Sie wurde Mitglied des Zentralverbands der Angestellten und schloss sich 1924 der sozialdemokratischen Kinderfreundebewegung an. Zwei Jahre später erfolgte der Eintritt in die Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ) und in die SPD. 1929 besuchte Irma Keilhack einen Lehrgang an der Heimvolkshochschule Tinz. Anschließend wurde sie Mitarbeiterin des damaligen SPD-Landesvorsitzenden Karl Meitmann und arbeitete in der Parteizentrale in der Theaterstraße. Als am 10. Mai 1933 reichsweit die bereits erwartete Beschlagnahmung des Parteivermögens erfolgte, befand sich Irma Keilhack wie vereinbart allein im Parteibüro. Geld und Parteidokumente waren zuvor in Sicherheit gebracht worden. Als Parteiangestellte war sie auch am 16. Juni 1933 auf der Parteivorstands- und –ausschusssitzung in Redaktionsgebäude des "Hamburger Echo" in der Fehlandstraße anwesend, als die Gestapo das Haus besetzte und die Teilnehmer verhaftete. Die Adressenlisten von Vertrauensleuten, die Irma Keilhack dabei hatte, wurden von den Verhafteten aufgegessen, um weitere Verhaftungen zu verhindern. Mit dem „Kommando zur besonderen Verfügung" (KzbV) wurden die Gefangenen in das Gestapo-Hauptquartier im Stadthaus an der Stadthausbrücke gebracht. Irma Keilhack wurde in das Untersuchungsgefängnis überführt und nach elf Tagen zusammen mit drei weiteren Frauen entlassen.

Umgehend beteiligte sie sich an der illegalen Arbeit. So versuchte sie, die in den Parteiorganisationen noch vorhandenen Gelder für Anwaltskosten von Verhafteten, für in Not geratene Angehörige von Inhaftierten und für die Flucht von Gefährdeten zu mobilisieren. Auch beteiligte sie sich an der Beobachtung von politischen Prozessen, um bei weiteren Verhaftungen über die Kenntnisse der Gestapo informiert zu sein.

Irma Keilhack war nach dem Verbot der SPD arbeitslos. Sie begann, Haushaltswäsche zu verkaufen, und nutzte die Kundenbesuche, um Nachrichten unter Sozialdemokraten auszutauschen. Dann gelang es ihr, bei einer englisch-jüdischen Niederlassung für Büromaschinen eine Anstellung zu finden. Anschließend arbeitete sie bei einer jüdischen Firma für Autozubehör. Von 1938 bis 1943 war sie mit ihrem Ehemann Adolf Keilhack, den sie 1935 geheiratet hatte, in der Haus- und Grundstücksverwaltung selbstständig tätig.

Irma und Adolf Keilhack hielten weiterhin Kontakt zu früheren Mitgliedern der Jungsozialisten-Gruppe. Gemeinsam wurden die „Hamburger Wanderfreunde“ unter dem Dachverband des Norddeutschen Wanderbundes gegründet, damit bestand die Möglichkeit, unverdächtige Treffen, Wanderungen und Fahrten durchzuführen.

Nach dem Ende der NS-Diktatur beteiligte sich Irma Keilhack am demokratischen Aufbau. 1949 wurde sie in den Deutschen Bundestag gewählt, dem sie bis Januar 1962 angehörte. Im Dezember 1961 trat sie als Jugendsenatorin die Nachfolge von Paula Karpinski an. Auch für Ernährung und Landwirtschaft war sie zeitweise zuständig. Nach ihrem Ausscheiden aus dem Senat 1970 übernahm sie ehrenamtlich die Leitung der Verbraucherzentrale. Der Bürgerschaft gehörte sie von 1966 bis 1974 an. Auch in der Partei übte sie zahlreiche Funktionen aus. 1946/47 sowie von 1966 bis 1972 war sie Mitglied des Landesvorstandes. Sie gehörte dem SPD-Parteivorstand in Bonn an und war Distriktsvorsitzende in Berne. Irma Keilhack starb am 3. Juni 2001.

Karl Meitmann

*20.3.1891 †17.2.1971

Karl Meitmann wurde am 20. März 1891 in Kiel in einem sozialdemokratischen Elternhaus geboren. Der Vater leitete als Geschäftsführer die Kieler Genossenschaftsbäckerei „Vereinsbäckerei“. Von 1897 bis 1905 besuchte Meitmann die Volksschule in Kiel-Ellerbek und Kiel-Gaarden. Anschließend absolvierte er eine kaufmännische Ausbildung. Frühzeitig begann seine Aktivität in der Arbeiterbewegung. Er gehörte 1905 zu den Gründern der Kieler Arbeiterjugend und wurde deren erster Vorsitzender. 1908 bestätigte er sich als Jugendturnwart in der „Freien Turnerschaft an der Kieler Förde“. Meitmann wechselte 1909 nach Hamburg und arbeitete als Buchhalter bei der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine (GEG). Neben seiner Berufstätigkeit bildete er sich vor allem in Fremdsprachen sowie in dem Bereich Wirtschaft und Genossenschaftswesen fort. 1912 wurde er zum Militärdienst eingezogen und befand sich anschließend bis 1918 im Kriegseinsatz.

Nach der Revolution beteiligte sich Meitmann am Aufbau demokratischer Verhältnisse. Bereits im Dezember 1918 wurde er Sekretär des Beigeordneten beim Regierungspräsidenten von Schleswig-Holstein, dem die Umsetzung der Politik der neuen Reichsregierung oblag. Anschließend arbeitete er als erster Sekretär für Dr. Adolf Köster, der im Zusammenhang mit der im Versailler Friedensvertrag vorgesehenen Neufestlegung der deutsch-dänischen Grenze zum Staatskommissar für die Provinz Schleswig-Holstein ernannt worden war. Meitmann war auf der deutschen Seite mit den organisatorischen Vorbereitungen für die Abstimmung über den neuen Grenzverlauf betraut. Als Reichskommissar eingesetzt, hatte er maßgeblichen Anteil an der Niederschlagung des Kapp-Putsches in Schleswig-Holstein. Anschließend wurde er vom preußischen Innenminister zum Zivilkommissar für den demokratischen Aufbau der Polizei in der Provinz ernannt. Das für diese Aufgabe, die er bis 1923 wahrnahm, notwendige Hintergrundwissen eignete er sich in einem achtsemestrigen Studium als Hospitant an der Universität Kiel an. Er besuchte Veranstaltungen zum Verfassungs- und Verwaltungsrecht, zum Staatsrecht sowie zum Strafrecht und zur Rechtsphilosophie. Angebote, preußischer Landrat und Kieler Polizeipräsident zu werden, lehnte er ab.

Meitmann übernahm 1924 die Gründung des Reichsbanner in Schleswig-Holstein und wurde Gausekretär. Zwei Jahre später stellte ihn der SPD-Bezirksverband Schleswig-Holstein als Parteisekretär ein. Zugleich erfolgte seine Wahl in den Bezirksvorstand. 1928 wurde Meitmann zum Vorsitzenden der SPD-Landesorganisation Hamburg gewählt, auf Reichsebene gehörte er dem SPD-Parteiausschuss an. Auch übernahm er den Vorsitz des SPD-Bezirksverbands Hamburg-Bremen-Nordwest. 1931 wurde er in die Hamburgische Bürgerschaft gewählt.

Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurde Meitmann unter Bruch der Immunität zusammen mit dem Reichstagsabgeordneten Gustav Dahrendorf am 24. März 1933 inhaftiert und nach drei Tagen wieder frei gelassen. Seine zweite Verhaftung dauerte vom 2. Mai bis zum 15. Mai 1933. Meitmann musste Hausdurchsuchungen über sich ergehen lassen und da die Aufbewahrung von Parteiunterlagen sowohl in den Räumen der Partei als auch im eigenen Haus zu gefährlich war, verbrannte er in seiner Waschküche am Maienweg 281 zahlreiche Dokumente, darunter einmaliger Originale aus der Parteigeschichte von unersetzlichem Wert. Als am 16. Juni 1933 die Teilnehmer der Parteivorstands- und –ausschusssitzung

in Redaktionsgebäude des "Hamburger Echo" in der Fehlandstraße von der Gestapo verhaftet wurden, kam auch Meitmann ins Gefängnis. Während die meisten Verhafteten nach mehreren Wochen aus dem KZ Fuhlsbüttel entlassen wurden, blieb Meitmann bis Ende Oktober 1933 in Haft und erhielt dann die Auflage, innerhalb von 24 Stunden die Stadt zu verlassen. Während der Haft war er schweren Misshandlungen ausgesetzt.

Meitmann begab sich nach Niendorf an der Ostsee. Hier holte der mit ihm befreundete Herbert Dorendorf, Vorstandsmitglied der Märkischen Brikett– und Kohlen-Verkaufs AG, Berlin, ihn und seine Frau mit dem Auto ab und brachte die beiden nach Berlin. Dohrendorf verschaffte Meitmann eine Anstellung als Lohnbuchhalter in einem kleinen Werk der „Anhaltischen Kohlenwerke", 50 Kilometer östlich von Frankfurt an der Oder. Zunächst wohnte Meitmann in Zielenzig, dann zog er nach Drossen. 1936 wechselte er für die gleiche Firma in die Berliner Hauptverwaltung.

Nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes gelangte Meitmann am 24. Juni 1945 zurück nach Hamburg. Sofort übernahm er beim Aufbau der SPD die Führung. Dem am 14. Juli 1945 gewählten provisorischen Landesvorstand stand Karl Meitmann erneut bis 1952 vor. Anschließend gehörte er noch weitere sechs Jahre dem Landesvorstand an. Auch im Bezirk Hamburg-Nordwest führte er wieder den Vorsitz. Von 1947 bis 1954 war er Mitglied des zentralen Parteivorstandes. Er gehörte von 1946 bis 1949 der Hamburgischen Bürgerschaft an und war von 1949 bis 1961 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Nach dem Rückzug aus der Politik lebte Karl Meitmann in Mönkeberg bei Kiel, wo er am 17. Februar 1971 starb.

Karl Meitmann am 3. Februar 1965 an die Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg[5]

Auszug:

„Das auf den Seiten 118 und 119 enthaltene Dokument Nr. 18 enthält die Vermutung seines Schreibers Abraham, daß eine, bei der darin beschriebenen Durchsuchungsaktion gefundene Denkschrift, die er als „Flugblatt" bezeichnet, als Verfasser den Reichstagspräsidenten Paul Löbe gehabt habe. Er (Abraham) knüpft an den Versuch Staudingers, die Urheberschaft auf sich zu übernehmen, die weitere Vermutung, das St[audinger]. Dies nur getan habe, „um Maßnahmen gegen die Gesamtpartei" abzuwenden, die er (St[audinger].) „offensichtlich befürchtet, wenn die Herstellung dieser Flugblätter der Gesamtpartei nachgewiesen wird".

Tatsächlich hat sich folgendes in diesem Bezug ereignet:

a) Der Verfasser und Hersteller dieser Denkschrift in höchstens 40 bis 50 Exemplaren im Hektografierverfahren, bin ich selber gewesen, zusammen mit meinem Freund Professor Dr. Paul Hermberg in seinem Hause am Philosophenweg in Jena. Die Niederschrift unserer beider Arbeit habe ich einen Tag später auf der Schreibmaschine von Frau Staudinger im Hause des Professors Lederer in Berlin durchgeführt, wo sie und ihr Mann sich verborgen hielten, weil Frau Staudinger als Jüdin in höchstem Grade gefährdet war. Um Frau Staudinger die erforderliche Zeit zur Flucht ins Ausland zu verschaffen, habe ich dem mich vernehmenden Hauptmann Abraham (am Tage nach der polizeilichen „Durchsuchung") und auch weiterhin meine Urheberschaft und die oben erwähnten Umstände der Vervielfältigung e.t.c. verschwiegen. Das wußte auch mein Freund Hans Staudinger, mit dem ich meine, allein für die Hamburger Verstandsmitglieder entworfene Situations-Analyse in Berlin in der Wohnung seines Freundes Professor Dr. Lederer noch einmal durchgesprochen hatte. Um seine Frau vor dem sicheren Tode zu schützen, hat er die Urheberschaft versucht auf sich zu nehmen. Kein Mitglied des in Berlin verbliebenen Teiles des Gesamt-Vorstandes hat jemals meine Denkschrift gesehen, etwas von ihr erfahren, oder gar, weder direkt noch indirekt an ihrer Entstehung mitgewirkt. Das ist die Wahrheit in der Sache!

Ich freue mich noch heute, daß auf diese Weise Frau Staudinger die Flucht nach Amerika geglückt ist und daß sie noch lebt!

Der dafür gezahlte Preis der Aufrechterhaltung der „Schutz-Haft" des ganzen Hamburger Partei-Vorstandes der S.P.D. hat mich niemals gereut.

Dr. Alfred Friedrich Wilhelm Mette

*18.9.1898

Alfred Mette wurde in Hamburg geboren und absolvierte nach der Volksschule eine kaufmännische Ausbildung. Von 1916 bis 1918 leistete er Kriegsdienst. Nach bestandener Reifeprüfung 1920 studierte er an der Universität Hamburg Sozialökonomie und Geschichte. Nach der Promotion 1923 zum Dr. rer.pol. wurde er 1924 als Sekretär für das Bildungswesen bei der SPD in Hamburg tätig. Dr. Alfred Mette gehörte der Hamburgischen Bürgerschaft von 1927 bis 1933 an. Nach den Angaben von mehreren Teilnehmern war auch Alfred Mette bei der „Echo"-Versammlung anwesend. Als einziger konnte er sich verstecken und entging damit der Verhaftung. Nach 1945 arbeitete er als Geschäftsführer der Hamburger Gaswerke und der Hamburger Wasserwerke.

Hans Carl Podeyn

*1.3.1894 †19.8.1965

Hans Podeyn wurde als Sohn eines Straßenbahners in Hamburg-Hammerbrook geboren und besuchte nach der Volksschule das Lehrerseminar. Von 1914 bis 1918 leistete er Kriegsdienst. Nach dem Ende des Krieges wurde er Lehrer in Altengamme, wo er sich in der SPD und der Gemeindeverwaltung engagierte. 1924 erfolgte seine Wahl in die Hamburgische Bürgerschaft. Vier Jahre später wurde er Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Bürgerschaft. Das Amt übte er bis 1933 aus. Als im Rahmen der Gleichschaltung der Länder die Bürgerschaft nach dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. März 1933 neu zusammengesetzt wurde und öffentlich bedienstete SPD-Mitglieder bei einer Kandidatur mit der Kündigung bedroht wurden, gab Podeyn nicht nach. Es folgte die Entlassung aus dem Schuldienst und die Verhaftung als Teilnehmer der „Echo"-Versammlung. Hans Podeyn musste sich eine neue Existenz aufbauen und wechselte bis 1945 aus wirtschaftlichen Gründen neun Mal den Wohnsitz. Beschäftigung fand er mit der Unterstützung von Gustav Dahrendorf im Kohlenhandel. 1935 geriet Hans Podeyn erneut in das Visier der Gestapo und stand im Verdacht, sich an der illegalen Parteiarbeit zu beteiligen. Im darauf folgenden Jahr wurde er erneut vorübergehend festgenommen.

Im November 1945 kehrte Hans Podeyn zurück nach Hamburg. Es fand eine Anstellung beim Landeswirtschaftsrat und wechselte im Juni 1946 in das Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft der britischen Zone. Bis 1949 war er in der Bizone als Abteilungsleiter und Ministerialdirektor tätig. Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland wechselte er in den diplomatischen Dienst und war von 1954 bis 1959 als Botschafter in Pakistan tätig. Hans Podeyn starb am 19. August 1965 in Bad Homburg von der Höhe.

Georg Helmuth Christian Raloff

*9.4.1902 †1.10.1965

In Altona geboren, wuchs Georg Raloff in einer Eimsbütteler Familie auf, in der beide Eltern und alle sechs Söhne aktive Sozialdemokraten waren. Wie Georg („Schorsch“) wurden auch seine Brüder Karl, Heinrich, Friedrich, Max und Gottlieb von den Nationalsozialisten entlassen oder um ihre berufliche Zukunft gebracht. Karl war schon aus dem Ersten Weltkrieg als Arbeiter- und Soldatenrat zurückgekehrt. Später wurde er in den Reichstags gewählt und führte das Reichsbanner in Hannover. Unmittelbar nach der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz musste er vor der Gestapo in Deutschland untertauchen, bis ihm später die Flucht nach Dänemark und anschließend nach Schweden gelang.

Georg Raloff begann 1917 eine kaufmännische Ausbildung bei einer Getreidehandelsfirma. Ab 1929 war er dort als Handlungsbevollmächtigter, später als Prokurist und schließlich als Teilhaber tätig. Dann wechselte er zum ”Hamburger Echo” als kaufmännischer Angestellter. Frühzeitig war er zur Arbeiterjugend gekommen, 1919 trat er in die SPD ein. Bis 1933 war er als Funktionär in Eimsbüttel tätig. Er gehörte dem Reichsbanner an und war Mitglied im Arbeitersportverein Fichte Eimsbüttel.

Am 16. Juni 1933 wurde er in den Räumen des Hamburger Echo in der Fehlandstraße mit dem dort tagenden Hamburger SPD-Vorstand verhaftet. Auch er bekam die gegenüber vielen Verhafteten angewandte Brutalität der Nationalsozialisten zu spüren. Bei den Vernehmungen im Stadthaus, dem Polizeigebäude an der Stadthausbrücke, wurden ihm sechs Zähne ausgeschlagen. Der Vorwurf des Landes- und Hochverrats wurde schließlich fallengelassen, so dass Georg Raloff am 30. Juli 1933 aus der Schutzhaft in Fuhlsbüttel entlassen wurde. Bis Ende 1933 wurden bei ihm wiederholt Hausdurchsuchungen durchgeführt, dabei wurde insbesondere seine Bibliothek mit über 400 wissenschaftlichen Werken beschlagnahmt. Längere Zeit stand er noch unter Polizeiaufsicht.

Friedrich, der sich 1943 freiwillig zur Wehrmacht meldete, um nicht als Richter zum Sondergericht Kiel versetzt zu werden, kam ums Leben. Alle anderen Brüder beteiligten sich nach dem Zweiten Weltkrieg am demokratischen Aufbau Deutschlands. Karl wurde Attaché an der Deutschen Botschaft in Kopenhagen, wo ihm zu Ehren eine Gedenkplakette angebracht worden ist. Heinrich wurde als Rechtsanwalt zugelassen. Max war Vorstandsmitglied einer Versicherungsgesellschaft und Vorsitzender der Bezirksversammlung Hamburg-Nord und Gottlieb Senatsdirektor in der Jugendbehörde.

Georg Raloff wurde wegen seiner besonderen Fachkenntnisse schon 1945 in die Leitung der Außenhandelsorganisation für Saatgut berufen. Von 1946 bis zu seinem Tod am 1. Oktober 1965 gehörte er der Hamburgischen Bürgerschaft an. In Steilshoop wurde der „Georg-Raloff-Ring“ nach ihm benannt.

Herbert Ruscheweyh

*13.11.1892 †19.8.1965

Herbert Ruscheweyh wurde am 13. November 1892 als Sohn eines Hausmaklers in Hamburg-Hohenfelde geboren. Er wuchs in bürgerlichen Verhältnissen auf und besuchte nach der Volksschule ab 1899 das Matthias-Claudius-Gymnasium in Wandsbek. Hier legte er 1911 seine Reifeprüfung ab, anschließend studierte er Rechtswissenschaften in Neuenburg (Neuchatel), Schweiz, in München und in Kiel. Nach der Ersten juristischen Staatsprüfung 1914 leistete er als Freiwilliger Kriegsdienst im Ersten Weltkrieg. Unter dem Eindruck der Kriegserlebnisse trat Ruscheweyh 1917 in die SPD ein, zwei Jahre später wurde er in den großen Arbeiterrat gewählt.

1918 wurde er an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel mit einer Dissertation über die Entwicklung des deutschen Jugendgerichts promoviert. Nachdem er in Hamburg 1921 die Zweite juristische Staatsprüfung abgelegt hatte, machte er sich in der Hansestadt als Rechtsanwalt selbstständig. Zusammen mit dem Bürgerschaftsabgeordneten der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), Dr. Max Eichholz, der später von den Nationalsozialisten als Jude verfolgt und ermordet wurde, unterhielt Ruscheweyh eine Sozietät.

Ruscheweyh, der seit 1928 der Hamburgischen Bürgerschaft angehörte, wurde nach den Neuwahlen am 4. November 1931 zum Präsidenten der Bürgerschaft gewählt. Er übernahm das Amt in einer schwierigen Zeit, die von einer zunehmenden politischen Radikalisierung gekennzeichnet war. Die bisherigen Regierungsparteien hatten die Mehrheit verloren, ohne dass eine neue regierungsfähige Mehrheit zustande kam. Die Nationalsozialisten, die in Hamburg ihren ersten großen Wahlerfolg erzielt hatten, machten entgegen dem demokratischen Brauch der stärksten Parlamentsfraktion den Anspruch auf das Amt des

Bürgerschaftspräsidenten streitig. Ruscheweyh wurde erst im dritten Wahlgang mit relativer Mehrheit gewählt. Als bei der erneuten Wahl am 24. April 1932 die NSDAP knapp vor der SPD lag und nun ihrerseits Anspruch auf das Präsidentenamt erhob, revanchierten sich die Sozialdemokraten und setzten wiederum im dritten Wahlgang Ruscheweyh durch.

Herbert Ruscheweyh blieb bis Ende März 1933 im Amt. Ihm oblag die schwere Aufgabe, am 8. März 1933 den unter Führung der Nationalsozialisten gebildeten neuen Senat zu vereidigen. Es war zugleich die letzte demokratische Handlung in der Hansestadt. Die Nationalsozialisten scherten sich nicht um ihren Eid, der Verfassung die Treue zu halten und die Gesetze zu achten. Erfolglos setzte sich Ruscheweyh bis zum Schluss für die unter Bruch der Immunität verhafteten Abgeordneten von SPD und KPD ein. Mit dem „Vorläufigen Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ vom 31. März 1933 endete seine Amtszeit.

Ruscheweyh war während der NS-Zeit als Anwalt tätig und erwarb sich schnell einen Ruf als Verteidiger in politischen Prozessen. So verteidigte er 1933 Dr. Julius Leber vor dem Lübecker Schwurgericht.

Ruscheweyh vertrat im Sommer 1933 die gesamte Parteiführung der Hamburger SPD, die bei der „Echo"-Versammlung verhaftet worden war. Erfolgreich konnte er einen Prozess wegen Hochverrat abwenden, so dass alle Verhafteten noch mehreren Wochen wieder frei kamen. Obwohl Ruscheweyh auf Betreiben der Gestapo ab 1934 nicht mehr in Hoch- Landesverratsprozessen als Verteidiger auftreten durfte, war er häufig der Anwalt, bei dem in Hamburg politisch verfolgte Sozialdemokraten zunächst Rat suchten. Nach dem Hitler-Attentat wurde auch Ruscheweyh vom 22. August bis zum 18. September 1944 im KZ Fuhlsbüttel gefangengehalten.

Nach dem Ende des NS-Regimes beteiligte sich Ruscheweyh am demokratischen Aufbau. Am 30. Oktober 1945 wurde er zum Präsidenten der Anwaltskammer gewählt. Schon wenige Monate später gab er seine anwaltliche Tätigkeit auf und übernahm am 2. Januar 1946 das Amt des Vizepräsidenten des Hanseatischen Oberlandesgerichts. Am 1. Oktober 1946 wurde er Präsident des Gerichts. Als ehemaliger demokratischer Bürgerschaftspräsident vor April 1933 eröffnete er am 27. Februar 1946 die von der britischen Militärregierung ernannte Bürgerschaft. Von 1948 bis 1951 amtierte Ruscheweyh als Präsident des Deutschen Obergerichts für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet in Köln. Er wirkte an der Hamburgischen Verfassung von 1952 mit und wurde erster Präsident des Hamburgischen Verfassungsgerichts. Als Oberlandesgerichtspräsident war er durch die in Personalunion geführten Ämter zugleich höchster Richter am Hamburgischen Oberverwaltungsgericht. Ruscheweyhs Ruf als anerkannter Jurist reichte weit über Hamburgs Grenzen hinaus. Er übernahm neben seiner richterlichen Tätigkeit nationale und internationale Aufgaben. Seit 1946 war er an der Universität Hamburg als Lehrbeauftragter tätig, 1951 ernannte der Senat ihn zum Honorarprofessor. 1961, ein Jahr nach dem Eintritt in den Ruhestand, wurde ihm in Anerkennung seiner Verdienste das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Herbert Ruscheweyh starb am 11. März 1965 in Hamburg.

In Wandsbek wurde 1975 eine Straße nach ihm benannt.

Rudolf Saalfeld

*26.9.1902 †6.12.1991

Rudolf Saalfeld wurde als siebtes Kind des Zigarrenmachers Eli Saalfeld in Hamburg geboren. Der Vater war jüdischer Abstammung ohne Konfession (Freidenker), die Mutter protestantisch. Die insgesamt acht Kinder wuchsen ohne religiöse Bindung in einem sozialdemokratisch und gewerkschaftlich geprägten Elternhaus auf. Eli Saalfeld war als Sekretär der Tabakarbeiter-Gewerkschaft tätig und betrieb ein Tabakwarengeschäft, das zugleich als Zahlstelle der Gewerkschaft und als Treffpunkt für SPD-Mitglieder diente. Am 30. Oktober 1913 wurde er als SPD-Abgeordneter Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft

Rudolf Saalfeld gehörte mit seinen Geschwistern der Arbeiterjugend in Eimsbüttel an und erlernte den Beruf eines Elektrikers. 1916 trat er der Gewerkschaft bei, zwei Jahre später wurde er Mitglied der SPD. Auf der Veddel war er später als SPD-Distriktsvorstandsmitglied aktiv, hier setzte er sich für die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde ein und übernahm den örtlichen Vorsitz. 1924 trat er dem Reichsbanner bei.

Rudolf Saalfeld nahm am 16. Juni 1933 an der Parteivorstands- und -ausschusssitzung im Redaktionsgebäude des „Hamburger Echo" in der Fehlandstraße teil. Dem hier noch gewählten Parteivorstand gehörte auch Saalfeld an. Bei der Besetzung des Hauses durch die Gestapo wurde er verhaftet. Am 22. Juli 1933 kam er wieder frei. Anschließend beteiligte er sich aktiv am sozialdemokratischen Widerstand. Saalfeld unterhielt Kontakt zu Herbert Dau, der in Rothenburgsort als Verbindungsmann zur illegalen Hamburger SPD-Parteiführung fungierte.

Im September 1934 wurde Saalfeld im Zusammenhang mit einer Verhaftungsaktion gefangen genommen, die sich vor allem gegen die illegale Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) um den letzten Vorsitzenden Arthur Busch richtete.

Als im August 1934 Mitglieder der illegalen SAP auf der Uhlenhorst Flugblätter verteilten mit dem Aufruf, bei der Abstimmung über die Zusammenlegung der Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers am 19. August 1934 mit „Nein" zu stimmen, wurden mehrere Aktivisten verhaftet. Den Nationalsozialisten gelang es mit ihren Foltermethoden, die Hintermänner zu ermitteln. Am 17. September 1934 wurde Arthur Busch verhaftet, eine Woche später Rudolf Saalfeld. Bis zum 25. Oktober 1934 saß er in Fuhlsbüttel in Schutzhaft, dann in Untersuchungshaft. Zusammen mit 20 Mitangeklagten wurde ihm am 2. Mai 1935 vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht der Prozess gemacht. Saalfeld hatte offensichtlich Flugblätter der Busch-Gruppe entweder für die eigene Widerstandsarbeit genutzt oder nur weitergegeben. Der ganze Umfang seiner Aktivitäten kam jedenfalls nicht zum Vorschein. Nicht einmal die Verteilung von Flugblättern konnte Saalfeld nachgewiesen werden. Lediglich die Weitergabe von Flugblättern an einen mit der Verbreitung beauftragten Genossen hatte er in zwei Fällen zugegeben. Rudolf Saalfeld folgte damit einer gängigen Verteidigungsstrategie. Er belastete eine andere Person, die bekanntermaßen untergetaucht war. Der Vorwurf der Vorbereitung zum Hochverrat ließ sich damit nicht aufrechterhalten. Saalfeld wurde aber zur Last gelegt, dass mit der planmäßigen Flugblattversorgung auf der Veddel die Aufrechterhaltung eines organisatorischen Zusammenhalts einer im Gegensatz zur NSDAP stehenden politischen Partei bezweckt worden sei. Wegen Verstoßes gegen das Gesetz gegen die Neubildung von Parteien vom 14. Juli 1933 wurde Rudolf Saalfeld zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Am 3. April 1936 wurde er nach der Strafverbüßung in Fuhlsbüttel aus der Haft entlassen.

Nach der Freilassung war Rudolf Saalfeld zunächst arbeitslos, dann Hilfsarbeiter und vom 14. November 1941 bis 21. Juli 1942 als Bordelektriker auf Handelsbegleitschiffen der Horn-Reederei tätig. Wegen Wehrunwürdigkeit wurde er entlassen. Ihm wurde die Fahrerlaubnis entzogen. Nach einer vorübergehenden Beschäftigung bei der Firma Kramke als Elektriker musste er im letzten Kriegsjahr aus sogenannten rassischen Gründen zwangsweise Aufräumungsarbeiten leisten.

Sofort nach Ende des Krieges hat Rudolf Saalfeld aktiv am Aufbau der SPD und der Gewerkschaften teilgenommen. Er wurde SPD-Distriktsvorsitzender in Eimsbüttel sowie Kreis- und Landesdelegierter der SPD. Zunächst war Rudolf Saalfeld beim Hamburger Arbeitsamt tätig. Dann übernahm er leitende Funktionen in der Gewerkschaft, ab 18. September 1946 DGB-Sekretär und von 1949 bis 1959 1. Bevollmächtigter (1. Vorsitzender) der Hamburger IG Metall sowie stellvertretender Vorsitzender des DGB-Ortsausschusses Hamburg. Von 1953 bis 1957 gehörte er der Hamburgischen Bürgerschaft an. Zuletzt war er bei den Hamburgischen Elektrizitätswerken und weiter ehrenamtlich im Bereich der SPD und der Gewerkschaften tätig. Rudolf Saalfeld starb 6. Dezember 1991 in Hamburg.

Rudolf Saalfeld[6]
(Die Verhaftung der gesamte Parteiführung der SPD 1933)

Damals war ich dabei.

Diese Erinnerung rief ein Bericht im „ Hamburger Kurs“ über den Hamburger Reichstagsabgeordneten vor 1933, Hans Staudinger, in mir wieder wach.

Die dort angesprochene Versammlung am 16. Juni 1933 im Gebäude des früheren „Hamburger Echo“ (unsere damalige Parteizeitung) war von Adolph Schönfelder arrangiert worden. Er war einer der Geschäftsführer des Verlags Auer & Co., bei dem das „Echo“ erschien. Als Deckmantel dieser an sich illegalen Versammlung war die Weiterführung dieser Zeitung unter den gegenwärtigen Verhältnissen angegeben. Als solche war sie nach Angaben Schönfelders von den Nazis erlaubt worden. Es kam alles ganz anders.

Vertreter aller Distrikte und der Parteivorstand und führende Parteigenossen, wie Staudinger, Schönfelder, Gustav Dahrendorf, Walter Schmedemann, Karl Meitmann und Dr. Mette waren anwesend. An Ihrer erinnere ich mich. Viele dieser Teilnehmer leben heute nicht mehr.

Es wurde über die illegale Weiterführung der SPD debattiert. Es gab langwierige und gegensätzliche Auseinandersetzungen, die die Debatte in die Länge zogen. Schönfelder als Versammlungsleiter warnte laufend, die Versammlung zu beenden. Ein neuer Parteivorstand wurde schließlich gewählt, dem ich angehörte.

Es musste damit gerechnet werden, dass wir überwacht und bespitzelt wurden. Vielleicht war es so gewollt, da wir hier alle zusammen waren. Denn plötzlich meldete uns der Hauswart, daß SA-Leute in das Gebäude eindrangen. Auch die großen Fensterscheiben splitterten und klirrten, denn auch von dort drangen über Dächer uniformierte und bewaffnete SA-Leute in den Saal.

Hier hatten kurz vorher beschlossen, daß niemand flüchten sollte. Wer verdächtiges Material bei sich hatte, sollte es vernichten. Wir wurden sofort zusammengetrieben und unter Stoßen und Schubsen am Körper durchsucht. Jeder Protest wurde gewaltsam unterdrückt. Wahrscheinlich hatten sie verdächtige Papiere gefunden. Denn darauf gründete sich unsere anschließende Verhaftung. Unter rauhbeiniger Behandlung wurden wir in Bussen ins Polizeipräsidium (Stadthaus) gebracht und dort in die Kellerräume getrieben. Dort mußten wir in den Gängen mit dem Gesicht zur Wand viele Stunden stehen. Wir durften weder reden oder auch nur uns berühren, sofort setzte es Knüffe und Schläge und üble Beschimpfungen. Dann wurden wir einer nach dem anderen vernommen. Dabei erging es unseren Adolph Schönfelder am schlechtesten, ich hörte ihn mehrmals schreien.

An jenes möchte ich ändern. Einem von uns war es gelungen zu entkommen. Es war Dr. Mette, der damalige Kulturleiter beim Hamburger Parteivorstand. Er war in die oberen Etagen geflüchtet und hatte sich in einem der Zimmer auf einem Schrank versteckt. Auch bei der Hausdurchsuchung wurde er nicht entdeckt. Wie er aus dem noch lange bewachten Haus herausgekommen ist, weiß ich nicht. So konnte er uns später sehr nützlich sein.

Im Keller des Stadthauses standen Georg Raloff und ich zusammen. Wir empörten uns gegen die groben Mißhandlungen, die besonders Adolph Schönfelder betrafen. Aber wir wurden gewaltsam zur Ruhe gebracht. Einer nach dem anderen wurden wir verhört. Das dauerte viele Stunden lang, in denen wir auf den Gängen stehen mußten ohne uns zu rühren. Es kamen wohl sämtliche Nazigrößen, um uns einzeln zu mustern. Gegen Mitternacht kamen der Gauleiter Kaufmann und der Arbeitsfrontleiter Habedank, um uns zu sehen. Danach wurden wir in das Untersuchungsgefängnis gebracht und dort einzeln in Zellen verteilt. Auch beim Spaziergang im Gefängnishof wurden wir von Marine-SA streng bewacht und weit auseinandergehalten.

In meiner Zelle traf ich auf einen politischen Gefangenen. Er wurde sehr viel zur Vernehmung zur Gestapo geführt. Stets kam er fürchterlich zugerichtet zurück. Als ich einmal Tücher verlangte, wurde mir strikt jede Hilfe verboten. Er selbst glaubte, nicht mehr mit dem Leben davonzukommen.

Unsere Verteidigung übernahm der Anwalt Dr. Ruscheweyh. Etwa 13 Wochen blieben wir in Haft im UG. Danach wurden wir nacheinander ohne Prozeß entlassen.

Die führenden Genossen - ich weiß es insbesondere von Gustav Dahrendorf - blieben noch länger in Haft.

Dr. Mette traf ich später wieder. Er hatte in der Kaiser-Wilhelm-Straße ein Zigarrengeschäft eingerichtet. Das war unsere Zentrale, in der ich noch kassierte Beiträge der Genossen meines Distrikts abführte. Wir kamen auch immer noch zusammen auf Wanderungen, Radtouren, Barkassenfahrten und geselligen Zusammenkünften. Bis zu meiner zweiten Verhaftung am 24. September 1934, die weitaus dramatischer verlief.

Hinrich Jonni Schacht

*15.7.1904 †29.10.1992

Jonni Schacht wurde am 15. Juli 1904 in Hamburg-Finkenwärder. Sein Vater, der Schiffsführer Hinrich Schacht, gehörte seit 1901 der SPD an und wechselte 1924 zu den Kommunisten. Jonni Schacht besuchte acht Jahre die Volksschule und anschließend ein Jahr die Handelsschule. 1919 begann er eine kaufmännische Ausbildung, die ihn in das Exportgeschäft führte. 1932 wurde er Gemeindesekretär der Hamburger Landgemeinde Farmsen-Berne.

Mit 14 Jahren trat Jonni Schacht am 1. Februar 1919 dem Arbeiterjugendbund Hamburg bei. Er wurde Vorstandsmitglied der SAJ Harburg und engagierte sich bei den Kinderfreunden. Im SPD-Distrikt Farmsen-Berne fungierte Jonni Schacht von 1928 bis 1930 als Bildungsobmann. 1931 übernahm er den Distriktsvorsitz. Er war Mitglied des Reichsbanners und Leiter der „Eisernen Front“ im örtlichen Wahlkreis.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde Jonni Schacht der Unterschlagung bezichtigt und am 31. März 1933 verhaftet. Nachdem er seine Unschuld bewiesen hatte, wurde er nach acht Tagen Schutzhaft wieder entlassen. Als Distriktsführer nahm Jonni Schacht an der „Echo“-Versammlung teil und wurde erneut verhaftet. Nach seiner Freilassung beteiligte er sich an der illegalen Parteiarbeit und leitete den Kreis Hamburg-Walddörfer. Jonni Schacht, der 1933 aus dem Staatsdienst entlassen worden war, blieb bis zu seiner Verhaftung 1935 arbeitslos. Die Verurteilung wegen Vorbereitung zum Hochverrat brachte Jonni Schacht 3 Jahre Zuchthaus ein, ein Jahr verbüßte er in Hamburg-Fuhlsbüttel, zwei Jahre im Aschendorfermoor / Papenburg. Die Nationalsozialisten veranlassten seinen Ausschluss aus der Baugenossenschaft „Gartenstadt Hamburg“, so dass Jonni Schacht sein Siedlungshaus räumen musste. Nach seiner Entlassung fand Jonni Schacht ab 1940 eine Beschäftigung bei seinem Parteifreund Adolf Keilhack, der sich als Grundstücksverwalter und Hausmakler selbständig gemacht hatte. Erneut betätigte sich Jonni Schacht im Widerstand und unterhielt in Hamburg und Bremen Verbindungen zu Sozialdemokraten und Kommunisten.

Jonni Schacht wurde 1942 zum Bewährungsbataillon 999 eingezogen und musste Kriegsdienst in Belgien, Griechenland und Jugoslawien leisten. 1946 kehrte er aus Jugoslawien aus der Kriegsgefangenschaft zurück nach Hamburg. Er erhielt sein Haus in Berne in der Lienaustraße 10 zurück und wurde Ortsamtsleiter in Rahlstedt. Jonni Schacht starb am 20. Oktober 1992 in Hamburg.

Walter Schmedemann

*3.2.1901 †1.4.1976

Walter Schmedemann wurde am 3. Februar 1901 im Hamburger Stadtteil Barmbek als Sohn eines Lagermeisters geboren. Er wuchs in einem sozialdemokratischen Elternhaus auf und trat mit 14 Jahre in die Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ) ein. Trotz guter schulischen Leistungen musste Schmedemann nach acht Jahren die Volksschule verlassen und 1915 eine Ausbildung als Verkäufer bei der Genossenschaft „Produktion" beginnen. Nach der Revolution 1918 arbeitete er als Hafenarbeiter. 1924 fand er eine Anstellung als Hausarbeiter in der Gesundheitsbehörde. Schmedemann wurde im A.K. St. Georg beschäftigt und begann hier 1925 seine Betriebsratsarbeit. Später übte er den Vorsitz in der Arbeitnehmervertretung aus.

Schmedemann trat 1917 in die USPD ein und wurde 1924 mit der Wiedervereinigung SPD-Mitglied. Er übernahm zunächst die Funktion eines Bezirkskassierers, wurde dann Bezirksführer und 1931 Distriktsvorsitzender in Eilbek. Auch der Gewerkschaft und dem Reichsbanner gehörte er an. 1932 wurde Schmedemann in die Hamburgische Bürgerschaft gewählt, deren Mitglied er bis zum Ausscheiden der SPD-Abgeordneten 1933 war.

Bereits Anfang 1933 wurde Schmedemann sechs Wochen inhaftiert, als er einem von einer Gruppe von Nationalsozialisten bedrohten Reichsbannermann mit seiner Pistole zur Seite stand. Im August 1933 wurde er deshalb wegen des Führens einer Schusswaffe außerhalb der Wohnung ohne Waffenschein zu einer Geldstrafe verurteilt. Als am 16. Juni 1933 die gesamte Parteiführung bei einer Zusammenkunft in der Fehlandtstraße verhaftet wurde, hatte sich Schmedemann für seinen Distrikt vertreten lassen und konnte somit nicht gefangen genommen werden. Erst am 23. Juni erfolgte seine Verhaftung. Schmedemann nutzte die

Zeit, um zumindest im eigenen Distrikt die noch vorhandenen Gelder für Durchschlagpapier, Farben für den Vervielfältigungsapparat, Wachsbogen und insbesondere Abzugspapier zu beschaffen. Schon diese Beschaffungen mußten getarnt werden, um durch größere Ankäufe nicht aufzufallen.

Als Schmedemann am 22. Juli 1933 aus der Haft entlassen wurde, begann er umgehend die illegale Parteiarbeit in Eilbek zu organisieren. Regelmäßige Zusammenkünfte, Wanderungen und Versammlungen im Freien, später sogar eine Maifeier, sorgten für den notwendigen Zusammenhang. Um die illegale Arbeit finanzieren und Angehörige von Inhaftierten unterstützen zu können, wurden Beiträge kassiert. Nach einer Denunziation wurde Schmedemann am 3. Oktober 1933 zusammen mit einem Kassierer erneut verhaftet. Der Kassierer erklärte, die Partei nur vorgeschoben und das Geld zur eigenen Bereicherung gesammelt zu haben. Schmedemann kam Mitte November wieder frei.

Die illegale Organisation hatte inzwischen feste Formen angenommen. Im Spätsommer 1933 bestand zu allen ehemaligen Distrikten Verbindung. Größere Gruppierungen delegierten einen Vertreter in die

illegale Leitung, so vertrat Helmut Weidt die Genossen aus Rothenburgsort. Auch nach Altona gab es Kontakte. Allwöchentlich kam eine etwa sechsköpfige Leitungsgruppe in der Wohnung von Inga Dengler nahe der Gestapo-Zentrale im Stadthaus zusammen. Die illegale Parteiorganisation brachte mit den „Roten Blättern“ jede Woche eine eigene Zeitung heraus, die in einer Auflage von bis zu 5.000 Exemplaren hergestellt wurde. Außerdem wurde Material aus dem Ausland herangeschafft und verteilt. Die Verbindungen reichten zum SPD-Auslandssekretariat in Kopenhagen und zum Exilvorstand in Prag. Unter Schmedemanns Leitung wurde die illegale Arbeit auf den norddeutschen Raum ausgedehnt. Die Verbindungen erstreckten sich bis nach Hannover, Braunschweig, Hildesheim, Bremen, Berlin und Schleswig-Holstein. Schmedemann selbst fuhr wiederholt nach Dänemark. Auch wurden gefährdete Genossen in das Nachbarland geschleust. Erste Station auf der Flucht war zumeist die kleine Bauernstelle von Schmedemanns Eltern in Tangstedt. Nach einigen Tagen ging es mit der Bahn nach Flensburg, wo Ortskundige die Flüchtlinge über die Grenze brachten.

Zu den spektakulärsten Aktionen gehörte die Versendung eines von Schmedemann verfaßten Berichts über die Zustände im KZ Fuhlsbüttel und insbesondere über die Mißhandlung und den Tod des sozialdemokratischen Redakteurs Fritz Solmitz. Das vierseitige Papier wurde etwa 100 Rechtsanwälten, Pastoren und sogar Polizeistationen direkt zugestellt.

Ende 1934 kam die Gestapo der Widerstandsorganisation auf die Spur. Schmedemann wurde am 6. November 1934 verhaftet. Als Kern der illegalen Organisation ermittelten die Behörden neun Personen, von denen vier ins Ausland geflüchtet waren. Verurteilt wurden am 18. Juni 1935 vom Hanseatischen Oberlandesgericht wegen Vorbereitung zum Hochverrat als Haupttäter Walter Schmedemann, Otto Schumann, Dr. Georg Diedrichs, Wilhelm Ropers und Helmut Weidt sowie als Mittäterin Klara Hippe. Schmedemann erhielt mit zwei Jahren und sechs Monaten Zuchthaus die höchste Strafe. Dabei gelang es den Ermittlungsbehörden nicht, den gesamten Umfang der illegalen Arbeit aufzudecken. Der KZ-Bericht war nicht Gegenstand des Verfahrens und die Herstellung der „Roten Blätter“ wurde auf den inzwischen geflüchteten Emil Auhagen abgeschoben. Auch hatten sich Schmedemanns Vorsichtsmaßnahmen bewährt. Es war verabredet, bei der Verhaftung führender Genossen diese durch die verstärkte Herausgabe von schriftlichem Material zu entlasten. Tatsächlich scheint die Urheberschaft dann bei anderen vermutet worden zu sein.

Nach der Verbüßung seiner Strafe wurde Schmedemann nicht entlassen, sondern wie zuvor Helmut Weidt und Wilhelm Ropers am 11. September 1937 in das KZ-Sachsenhausen überführt und hier weitere 13 Monate bis zum 15. Oktober 1938 gefangen gehalten. Trotz der jahrelangen Inhaftierung war sein Widerstandswille ungebrochen. Zusammen mit dem Hamburger Sozialdemokraten und Reichsbannermann Emil Wellke organisierte er geheime Zusammenkünfte von Gesinnungsfreunden in Sachsenhausen.

Wie zuvor in Fuhlsbüttel, wo Schmedemann drei Monaten mit Eisenketten an Händen und Füßen gefesselt war und bei Vernehmungen geschlagen wurde, war er auch im KZ-Sachsenhausen schwersten Mißhandlungen ausgesetzt. An den auf dem Rücken zusammengebundenen Händen wurde er eine halbe Stunde am Pfahl aufgehängt. Die dadurch verursachten Schäden an Muskeln, Nerven und Bändern führten zu einer dauerhaften gesundheitlichen Beeinträchtigung.

Angewiesen auf die Wohlfahrtsunterstützung lebten die Ehefrau Erna Schmedemann und die beiden Kinder während der Haftzeit in großer Not. Erna Schmedemann war im November 1934 selbst zwei Tage in Haft und wurde mit dem Entzug des Sorgerechts bedroht.

Am 1. September 1939, am Tag des Kriegsbeginn, wurde Schmedemann als einziger Hamburger Sozialdemokrat erneut verhaftet. Bis zum 11. November 1939 wurde er wiederum im KZ-Sachsenhausen gefangen gehalten.

Schmedemann, der am 21. April 1933 als Mitarbeiter der Gesundheitsbehörde aus politischen Gründen entlassen worden war und bis zu seiner Verhaftung im November 1934 keine Arbeit gefunden hatte, wurde nach seiner Entlassung aus dem KZ Sachsenhausen 1938 dienstverpflichtet und nahm eine Beschäftigung in einer Farbenfabrik auf. Auch hier begann er umgehend, eine illegale Gruppe aufzubauen. Darüber hinaus hielt er weiterhin zu früheren SPD-Mitgliedern

Kontakt. Als im Juli 1941 Mitarbeiter der Firma wegen illegaler Aktivitäten verhaftet wurden und Schmedemanns Arbeitskollege Friedrich Coenen in einem Prozess gegen Kommunisten zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, bestand auch für ihn höchste Gefahr. Doch zu seiner Verwunderung stellte er bei seiner Vernehmung fest, dass er von niemanden belastet worden war. Später erfuhr Schmedemann, dass unter den Verhafteten sofort die Parole ausgegeben wurde, ihn unter keinen Umständen zu belasten, da sein Schicksal sonst besiegelt gewesen wäre. Doch wurde seine Situation von anderen auch ausgenutzt. Von Kollegen gedrängt, gab Schmedemann, der im dem Lager der Firma beschäftigt war, Farben heraus. Als dieses bemerkt wurde, drohten die Auftraggeber ihn zu denunzieren, falls er sie verrate. Um einer Überprüfung durch die Gestapo zu entgehen, gestand Schmedemann einen beabsichtigten Diebstahl der Farbe. Am 4. Juli 1943 wurde er zu vier Monaten Haft verurteilt, für die Strafaussetzung gewährt wurde. Als Schmedemann 1948 Senator werden sollte, wurde seine Vorstrafe öffentlich diskutiert. Ein interfraktioneller Ausschuss befaßte sich mit dem Fall und kann zu der Überzeugung, dass Schmedemann unschuldig sei. Das Urteil wurde von der Oberstaatsanwaltschaft aufgehoben. In diesem Zusammenhang wurden noch einmal die Aktivitäten in der Farbenfirma dargelegt. Danach gehörte Schmedemann zu denjenigen, die gegenseitig Nachrichten der Feindsender austauschten und die die im Betrieb beschäftigten Zwangsarbeiter mit Lebensmitteln und Kleidung versorgten. Nach Aussage der Zeugen war es üblich, dass die Betriebsangehörigen Dinge, die für die Ausländer bestimmt waren, auf Schmedemanns Schreibtisch ablegten.

Nach dem Hitler Attentat wurde Schmedemann im Zuge der Aktion „Gewitter“ noch einmal vom 22. August 1944 bis zum 13. September 1944 im Polizeigefängnis inhaftiert. Eine offensichtlich verunsicherte Gestapo-Führung ließ ihn in die Zentrale bringen und führte mit dem Sozialdemokraten Gespräche über die aktuelle Situation. Als Ende März 1945 eine größere Gruppe von etwa dreißig bis vierzig Sozialdemokraten zusammenkam, war auch Schmedemann dabei. Einer im April 1945 drohenden Verhaftung entzog er sich durch die Aufnahme in ein Krankenhaus.

Nach dem Ende der NS-Diktatur beteiligte sich Schmedemann am demokratischen Aufbau an führender Stelle. So übernahm er den Vorsitz der unmittelbar nach der Kapitulation aus Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschaftern gebildeten Sozialistischen Freien Gewerkschaft (SFG). In der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) übte er bis 1948, als mit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten (AvS) die Spaltung vollzogen wurde, das Amt des zweiten Vorsitzenden aus. Von 1945 bis 1962 war Schmedemann zweiter Vorsitzender der Hamburger SPD und anschließend noch weitere vier Jahre Beisitzer im Landesvorstand. Der Hamburgischen Bürgerschaft gehörte er von 1949 bis 1970 an. Nach seiner Wiedereinstellung bei der Gesundheitsbehörde war er dort zuletzt als Personaldezernent tätig. Von Oktober 1948 bis 1953 und von 1957 bis 1967 übte er das Amt des Gesundheitssenators aus. Walter Schmedemann starb am 1. April 1976 in Bad Bevensen.

In Langenhorn wurde 1980 die Walter-Schmedemann-Straße nach dem Sozialdemokraten benannt.

Wilhelm August Carl Schmedemann

*21.3.1899 †4.9.1972

Willi Schmedemann wurde als Sohn eines Lagerarbeiters in Hamburg geboren und besuchte die Volksschule. Er wuchs in einem sozialdemokratischen Elternhaus auf, war frühzeitig in der Arbeitersport- und Jugendbewegung aktiv und trat 1918 der SPD bei. Willi Schmedemann arbeitete als Krankenpfleger und war Angestellter der Gesundheitsbehörde. Er war Gewerkschaftsmitglied, gehörte dem Reichsbanner an und leitete von 1928 bis 1933 den SPD-Distrikt Barmbek-Süd. Von 1931 bis 1933 war er Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft. Als die Nationalsozialisten nach der Machtübernahme in Hamburg im Rahmen der Gleichschaltung der Länder eine Neubesetzung der Bürgerschaft durchsetzten und öffentlich Bediensteten eine Kandidatur auf der SPD-Liste untersagten, ließ sich Will Schmedemann davon nicht beeindrucken und kandidierte auf Platz 2. Daraufhin erfolgte die fristlose Kündigung.

Nachdem Will Schmedemann schon vom 25. März bis zum 4. April 1933 gefangen gehalten worden war, kam er am 16. Juni 1933 als Teilnehmer der „Echo"-Versammlung erneut in Haft. Zusammen mit seinem Bruder Walter gehörte er nach seiner Freilassung der sechsköpfigen Leitungsgruppe der illegalen Hamburger SPD an, die den Aufbau der Widerstandsarbeit organisierte. Am 2. Dezember 1933 wurde Willi Schmedemann erneut verhaftet und bis zum 18. März 1934 in das KZ Fuhlsbüttel gesperrt, ohne dass ausreichende Beweise für eine Anklageerhebung gefunden wurden. Als er mit einer erneuten Verhaftung rechnete, setzte er sich im August 1934 nach Dänemark ab und fand hier politisches Asyl. Seine Ehefrau Olga blieb mit den drei gemeinsamen Kindern in Deutschland. Die finanzielle Situation der Familie war schwierig. Der Besuch des Geflüchteten in Dänemark war zwar möglich, blieb aber die Ausnahme. Der Versuch von Willi Schmedemann, sich mit den Ersparnissen im Herbst 1933 mit einem Brot- und Kaffeegeschäft eine Existenz aufzubauen, scheiterte. Bis zu seiner Flucht blieb er arbeitslos. Dazu schrieb Olga Schmedemann 1947 an den Sonderausschuss für Wiedergutmachung:

„Durch die Verhaftungen meines Mannes Wilhelm Schmedemann in den Jahren 1933–34 und der dann im Aug. 1934 erfolgten Flucht, um erneuter Verhaftung durch die Gestapo zu entgehen, war ich mit meinen drei Kindern des Ernährers beraubt und in eine Notlage geraten. Von Seiten der Wohlfahrt habe ich nur eine beschränkte Unterstützung erhalten, und war gezwungen durch Arbeit mich und die Kinder durchzubringen. Unterstützungen von Seiten meines Mannes aus Dänemark wurden durch die Gestapo beschlagnahmt. Trotz aller Widerstände habe ich meine Kinder antifaschistisch erzogen und es verstanden, die Kinder der Hitlerjugend und ihren Verbänden fernzuhalten."

Als Dänemark 1940 von deutschen Truppen besetzt wurde, tauchte Willi Schmedemann unter, bis ihm nach mehreren Monaten die Flucht nach Schweden gelang. Dort war er bis zu seiner Rückkehr nach Hamburg Anfang 1946 als Waldarbeiter tätig. Nach fast zwölf Jahren Exil kehrte er zu seiner Familie zurück

Willi Schmedemann erhielt eine Anstellung im öffentlichen Dienst und beteiligte sich am Aufbau der SPD. 1946/47 war er im SPD-Kreis XI, Barmbek-Nord, Barmbek-Süd und Uhlenhorst Kreisvorsitzender. 1947 wechselte er als hauptamtlicher Parteisekretär in den Dienst der SPD-Landesorganisation Hamburg.

Die Familie fand nach der langen Emigration nicht wieder zusammen. Olga und Willi Schmedemann trennten sich 1949 endgültig. Willi Schmedemann starb am 4. September 1972.

Heinrich Ferdinand Adolph Schönfelder

*5.4.1875 †3.5.1966

Adolph Schönfelder wurde als Sohn eines Konstablers (Schutzmann) im Hamburger Kehrwiederviertel geboren. Als die Bewohner des Stadtteils durch den Bau der Speicherstadt verdrängt wurden, zog die Familie nach Barmbek. Nach dem Besuch der Volksschule erlernte Adolph Schönfelder das Zimmererhandwerk. 1898 wurde er Gewerkschaftsmitglied, drei Jahre später trat er in die SPD ein. Ab 1905 arbeitete er als hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär und von 1921 bis 1926 war Vorsitzender des Zentralverbands der Zimmerer.

Adolph Schönfelder, der von 1915 bis 1918 am Ersten Weltkrieg teilnahm, wurde 1919 in den SPD-Landesvorstand gewählt und kandidierte erfolgreich für die Hamburgische Bürgerschaft. Als Senator übernahm er 1925 die Baubehörde und als „Polizeiherr“ unterstanden ihm von 1926 bis 1933 die Hamburger Polizeikräfte. Als die Hitler-Regierung ein Verbot der SPD-Parteizeitung „Hamburger Echo“ verlangte, traten Senator Schönfelder und seine sozialdemokratischen Amtskollegen am 3. März 1933 von ihren Ämtern zurück.

Adolph Schönfelder gehörte als einer der Inhaber des SPD-Presseverlags Auer & Co und als Landesvorstandsmitglied zu den Initiatoren der „Echo“-Versammlung. Nach seiner Freilassung lebte er zurückgezogen, unterhielt aber Kontakt zu zahlreichen Sozialdemokraten. Durch Gustav Dahrendorf war er frühzeitig über die Attentatspläne auf Hitler informiert. Nach dem 20. Juli 1944 wurde Adolph Schönfelder im Rahmen der Aktion „Gewitter“ erneut vorübergehend inhaftiert.

Nach dem Zweiten Weltkrieg engagierte sich Adolph Schönfelder für den demokratischen Aufbau. Von der britischen Besatzungsmacht wurde er zum Stellvertreter des Ersten Bürgermeisters ernannt. Die Ernannte Bürgerschaft wählte ihn am 8. März 1946 zu ihrem

Präsidenten. Das Amt, in dem er nach den ersten demokratischen Wahlen bestätigt wurde, übte er bis 1960 aus. Im Oktober 1961 schied er aus der Bürgerschaft aus. Adolph Schönfelder vertrat Hamburg 1948/49 im Parlamentarischen Rat, dessen Vizepräsident er war.

Für seine Verdienste um seine Heimatstadt wurden Adolph Schönfelder zahlreiche Ehrungen zuteil. Er starb am 3. Mai 1966 in Hamburg. In Barmbek-Süd trägt die Schule an der Zeisigstraße seinen Namen und 1970 wurde die Rönnhaidstraße in Adolph-Schönfelder-Straße unbenannt.

Willi Schüler

Willi Schüler fungierte 1933 als Disktriktsführer des Distrikts Hamm-Horn-Borgfelde, der nach den Zahlen von 1928 mit 4792 Mitgliedern der drittgrößte Distrikt in Hamburg war.

Otto Schumann

*5.11.1888 †3.5.1945

Otto Schumann wurde in Magdeburg-Buckau geboren und erlernte nach dem Besuch der Volksschule den Beruf des Formers. Nach der Ausbildung kam er nach Hamburg und fand 1908 eine Beschäftigung bei Blohm & Voss. Er leistete Kriegsdienst im Ersten Weltkrieg und übte anschließend noch bis 1926 seinen erlernten Beruf aus.

Otto Schumann gehörte der Gewerkschaft an und trat 1907 der SPD bei. In beiden Organisationen übernahm er Funktionen und nutzte Fortbildungsangebote, so dass er als Arbeitsvermittler in den öffentlichen Dienst beim Arbeitsamt wechseln konnte. Otto Schumann gehörte dem Reichsbanner an und wurde 1931 in die Hamburgische Bürgerschaft gewählt.

Nach der Machtübernahme wurde Otto Schumann von den Nationalsozialisten aus dem Staatsdienst entlassen. Als Distriktsführer des SPD-Distrikts Neustadt nahm er an der „Echo"-Versammlung teil und wurde für mehrere Wochen inhaftiert. Nach seiner Freilassung beteiligte er sich am Aufbau der illegalen Hamburger SPD und gehörte zum engeren Führungskreis der Widerstandsgruppe um Walter Schmedemann. Als diese im Oktober 1934 von der Gestapo aufgedeckt

Theodor Selbach

wurde, kam Otto Schumann erneut in Haft. Er wurde zu 21 Monaten Gefängnis verurteilt.

Nach dem Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944 wurde Otto Schumann im Rahmen der Aktion „Gewitter“ erneut verhaftet und in das KZ Neuengamme verschleppt. Als das KZ Ende April 1945 evakuiert wurde, gehörte er zu den etwa 10 000 Gefangenen, die auf den Todesmarsch zur Lübecker Bucht gezwungen wurden. Dort angekommen, wurden die Gefangenen auf die Schiffe „Cap Arcona“ und Thielbeck gebracht. Der vermutlich einkalkulierte Angriff alliierter Kampfflugzeuge erfolgte am 3. Mai 1945. Bei der Versenkung der Schiffe kamen etwa 7 000 Gefangene ums Leben, darunter Otto Schumann.

In Hamburg-Lohbrügge und in Ahrensburg wurden Straßen nach Otto Schumann benannt.

Theodor Selbach wohnte in der Ottostraße 16 und leitete als Distriktsführer den SPD-Distrikt Hohenfelde.

Louis Carsten Sellmer

*4.5.1889 †14.1.1978

Nach dem Besuch der Volksschule erlernte der in Hamburg geborene Louis Sellmer das Gürtlerhandwerk. Von 1912 bis 1923 war am Chemischen Staatsinstitut Hamburg als Laborant tätig. Im Dezember 1923 schied er aus, um sich auf das Abitur vorzubereiten, das er im Februar 1925 an der Oberrealschule Uhlenhorst als Externer ablegte. Von 1925 bis 1928 studierte er an der Universität Hamburg Chemie, Biologie und Mathematik.

Louis Sellmer stammte aus einem sozialdemokratischen Elternhaus. Er gründete 1905 mit der „Jungen Garde“ eine Arbeiterjugendgruppe und trat frühzeitig in die SPD ein. Bis 1933 leitete er den Distrikt St. Pauli. Der Hamburgischen Bürgerschaft gehörte er 1932/33 an. Auf der Parteivorstands- und –ausschusssitzung im Redaktionsgebäude des ”Hamburger Echo” in der Fehlandstraße am 16. Juni 1933 wurde er mit zahlreichen anderen Mandatsträgern verhaftet und am 22. Juli 1933 aus dem Untersuchungsgefängnis Hamburg wieder entlassen. Seine Beschäftigung als Angestellter bei der Volksfürsorge-Versicherungsgesellschaft war ihm inzwischen zum 1. Juli 1933 fristlos gekündigt worden. Louis Sellmer blieb über vier Jahre arbeitslos und konnte erst zum 1. Januar 1938 eine durch Freunde vermittelte Tätigkeit als Hausverwalter aufnehmen. Drei Jahre später fand er eine Anstellung als Chemiker bei der Nahrungsmittelfabrik Orkers-Kraftsuppen. Nach dem Hitler-Attentat wurde Louis Sellmer erneut inhaftiert und vom 22. August bis zum 19. September 1944 gefangen gehalten.

Nach dem Krieg beteiligte sich Louis Sellmer am Wiederaufbau der SPD. Er gehörte 1945 dem vorläufigen Landesvorstand an und wurde als Parteisekretär eingestellt. Von 1946 bis 1953 und noch einmal von 1955 bis 1957 war er Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft. Louis Sellmer starb am 14. Januar 1978.

Dr. phil. Hans Staudinger

*16.8.1889 †25.2.1980

Hans Staudinger wurde in Worms als Sohn eines Gymnasialprofessors geboren. Er besuchte das Gymnasium und legte sein Abitur in Darmstadt ab. Ab 1907 studierte er zunächst in München Literatur und Germanistik, dann in Heidelberg Nationalökonomie und Soziologie bei den Brüdern Alfred und Max Weber. Hier wurde Hans Staudinger 1913 promoviert.

Beeinflusst durch das sozialdemokratisch orientierte Elternhaus trat Hans Staudinger bereits als Student der SPD bei. Er leistete von 1915 bis 1918 Kriegsdienst und fand nach einer schweren Verwundung Beschäftigung im Kriegsernährungsamt in Berlin. 1919 wechselte er ins Reichswirtschaftsministerium, wo er bis 1927 leitende Positionen u.a. als persönlicher Referent von mehreren Ministern übernahm. Anschließend wechselte Hans Staudinger ins preußische Handelsministerium und stieg unter Ministerpräsident Otto Braun 1929 zum Staatssekretär auf.

Mit der Amtsenthebung des preußischen Ministerpräsidenten Braun durch Reichskanzler von Papen im Juli 1932 endete auch Staudingers Karriere im Staatsdienst. Bei den Reichstagswahlen im November 1932 wurde Hans Staudinger als Spitzenkandidat der Hamburger SPD in den Reichstag gewählt. Er gehörte zu den 94 SPD-Abgeordneten, die am 23. März 1933 im Reichstag gegen Hitlers „Ermächtigungsgesetz“ stimmten. Hans Staudinger nahm an der „Echo“-Versammlung teil und wurde während der Haft schwer misshandelt. Nach seiner Freilassung flüchtete er mit seiner jüdischen Ehefrau Else, mit der er seit 1912 verheiratet war, zunächst nach Belgien und dann über Frankreich und Großbritannien in die USA.

An der New School for Social Research in New York übernahm Hans Staudinger 1934 eine Professur für Wirtschaftswissenschaften. Seit 1940 war er amerikanischer Staatsbürger. Er unterhielt Kontakt zu den emigrierten Sozialdemokraten und gehörte zu den Gründern der German Labor Delegation um Max Brauer.

Nach dem Zweiten Weltkrieg engagierte sich Hans Staudinger für die deutsch-amerikanische Verständigung. Er starb am 25. Februar 1980 in New York.

Willi Alfred Adalbert Tessnow

*5.9.1904 †11.4.1998

Willi Tessnow wurde in Waren an der Müritz geboren. Nach dem Besuch der Volksschule erlernte er das Tischlerhandwerk bei einem örtlichen Tischler. Er begab sich auf die Wanderschaft und ließ sich als Tischlergeselle in Hamburg nieder. Willi Tessnow trat schon 1919 als Jugendlicher der SAJ und später der SPD bei. Darüber hinaus engagierte er sich in der Gewerkschaft und wurde später Mitglied des Reichsbanners. Willi Tessnow ließ sich nach seiner Wanderschaft in Hamburg nieder. Während der Weltwirtschaftskrise verlor er seinen Arbeitsplatz. Die Zeit der Arbeitslosigkeit nutze er für eine Beteiligung am Bau des Hauses der Naturfreunde in Maschen. Zu dieser Zeit wohnte Willi Tessnow zur Untermiete in St. Georg, Holzdamm 44, und übernahm 1933 die Leitung des SPD-Distrikts St. Georg-Nord.

Als Distriktsleiter nahm Willi Tessnow am 15. und 16. Juni 1933 an der „Echo"-Versammlung teil. Nach seiner Verhaftung wurde er ins Untersuchungsgefängnis Fuhlsbüttel überführt. Bei den Misshandlungen während der Verhöre wurden ihm mehrere Zähne ausgeschlagen. Nach seiner Entlassung Ende Juli 1933 war Willi Tessnow bis April 1934 arbeitslos. Während des Krieges arbeitete er auch der Deutschen Werft bei U-Boot-Bau.

Nach dem Zweiten Weltkrieg beteiligte sich Willi Tessnow am Aufbau der SPD und der Gewerkschaften. Beschäftigung fand er zunächst im Krankenhaus Barmbek, später war er hauptamtlicher Hauskassierer bei der Gewerkschaft Holz. Willi Tessnow starb am 11. April 1998 in Hamburg.

Inke Burmeister, Enkelin von Willi Tessnow, berichtet über ihr Gespräch mit ihrem Großvater (ca. 1990):

„Mein Großvater hat nie über die Nazizeit mit seiner Familie gesprochen. Nur einmal hat er eine Ausnahme gemacht, da ich ihn darum gebeten hatte. Dabei hat er mir seine persönlichen Erinnerungen an seine Verhaftung und die Zeit danach geschildert.

Seine Erzählung begann am Tag seiner Verhaftung. Er war auf einer Versammlung der SPD. Hier waren alle höheren Funktionäre der Hamburger SPD zusammen gekommen.

Das beherrschende Thema bei der Versammlung war die mögliche Gefahr für die SPD und ihre Leute nach der Machtergreifung der NSDAP. Laut meinem Großvater machten sich die meisten Anwesenden keine großen Sorgen, einige prahlten sogar damit, dass sie keine Angst vor den Nazis hätten. Und mitten in der Versammlung wurden sie überfallen. Von allen Seiten, sogar durch den Schornstein stürmten plötzlich Nazi-Schergen in den Raum. Es gab kein Entkommen und nur einen kurzen Kampf.

Dann wurden die gefangenen Sozialisten erst mal verprügelt, wobei auch Stühle zu Bruch gingen. Später wurden ihnen eine Art ‚Wimpel' angesteckt und sie wurden gezwungen, Zigaretten bzw. die Asche aufzufangen oder zu apportieren. Auch wurden Zigaretten und Zigarren auf ihnen ausgedrückt. Im Gefängnis wurde mein Großvater verhört und danach in eine Zelle gesteckt. Während der Verhöre wurden ihm Zähne ausgeschlagen.

Nach seiner Freilassung hat mein Großvater ein Gebiss von seinem jüdischen Zahnarzt anfertigen lassen. Ich erinnere mich noch fast wörtlich an seine Worte hierzu: ‚Der Zahnarzt war ein feiner Kerl, ein ganz feiner. Und er hat exzellente Arbeit geleistet. Er musste mir zuerst noch einige Stümpfe ziehen. Und da sagte er nur: "Mensch Willi, was haben die denn mit Dir gemacht." Das Gebiss hat von Anfang an gesessen, nichts hat geklappert. – Pause – Später haben ihn dann leider auch die Nazis geholt.'

Über die Zeit im Untersuchungsgefängnis hat mein Großvater nicht sehr detailliert berichtet. Nur wenige Details, wie, dass er manchmal während der Verhöre zum absoluten Stillstand gezwungen wurde. Prügel waren wohl obligatorisch bei den Verhören, genauso wie Einschüchterungen.

Oft ist mein Großvater nachts von den Schreien seiner Mithäftlinge aufgewacht. Diese Schreie haben ihn als über 80-jährigen wieder heimgesucht, in Form von Alpträumen. Er ist in dem Alter häufig schweißüberströmt aufgewacht, im Ohr noch die Schreie, die durch das Gefängnis hallten.

Nach einiger Zeit wurde mein Großvater in ein Lager abgeschoben um, wie er sagte, Platz für neue Häftlinge im Gefängnis zu schaffen. In diesem Lager waren die Bedingungen deutlich besser. Die Männer schliefen zusammen in einer Baracke und arbeiteten tagsüber als Erntehelfer auf den Feldern der Umgebung. Abends gab es dann noch Umerziehungsmaßnahmen und Lektionen über den Nationalsozialismus. Mein Großvater nannte es ein Umerziehungslager.

Das Essen in diesem Lager war zwar knapp für die Häftlinge, doch die Männer fanden schnell raus, dass im Anschluss an ihren Schlafraum Äpfel in der Baracke gelagert wurden, nur durch eine dünne Holzwand von dem Schlafraum getrennt. Mein Großvater als Tischler fand schnell eine Möglichkeit eine der Holzlatten so zu lösen, dass sie die Äpfel raus holen konnten. Und hinterher wurde die Latte wieder vor der Öffnung befestigt, so dass die Wärter nichts merkten.

Der Unterricht ist komplett an meinem Großvater abgeprallt. Und sehr bald wurde auch auf Seiten der Wärter eingesehen, dass er nicht umerziehbar war, so dass er nicht mehr an allen Sitzungen teilnehmen musste. Da mein Großvater bei der Erinnerung daran gelacht hat, gehe ich davon aus, dass zum Unterricht keine Prügel gehörten.

Doch die wertvollste Erinnerung an diese Zeit bezieht sich auf einige Mithäftlinge. Diese gehörten der Kommunistischen Partei an. Nachdem sie schon einige Zeit zusammen in dem Lager verbracht hatten, klopfte bei einer Gelegenheit einer von ihnen meinem Vater auf die Schulter und sagte: „Mensch Willi, du bist ja doch kein schlechter Kerl, obwohl du Sozialist bist.“

1951 hat mein Großvater eine Entschädigung von 300 DM für seine 2-Monatige Haftstrafe erhalten. Der SPD ist mein Großvater bis an sein Lebensende verbunden geblieben. Obwohl er in den 80er Jahren aus Protest gegen die seiner Meinung unverschämte Diätenerhöhung aus der SPD ausgetreten ist.“

Paul Thormann

*26.4.1901 †1.1.1982

Paul Thormann wurde als Sohn eines Feinmechanikermeisters geboren. Nach dem Besuch der Volksschule begann er 1917 ebenfalls eine Feinmechanikerausbildung, die er 1921 erfolgreich abschloss. Bis 1925 arbeitete er in seinem Beruf, dann fand er eine Anstellung beim SPD-Presseverlag Auer & Co als Drucker.

Vom Elternhaus beeinflusst trat Paul Thormann bereits als Jugendlicher 1915 der Arbeiterjugend bei und wechselte nach deren Auflösung 1919 zur Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ). 1920 wurde er Mitglied der SPD und 1924 Mitglied des Reichsbanners. Am 24. Oktober 1924 heiratete er Margarethe Lohse, mit der er in der Staatssiedlung Langenhorn, Timmerloh 14, wohnte. Hier engagierte er sich im Verwaltungsbeirat der Siedlung.

Paul Thormann, der einen Langenhorner SPD-Bezirk geleitet hatte, übernahm zusammen mit Bruno Lauenroth 1933 die Führung des Distrikts Langenhorn und nahm in dieser Eigenschaft an der „Echo"-Versammlung teil. Er wurde nach über siebenwöchiger Haft am 31. Juli 1933 freigelassen. Durch die Schließung des Verlags Auer & Co verlor er seinen Arbeitsplatz. Nach anderthalb Jahren Arbeitslosigkeit konnte er mit Unterstützung seines jüngeren Bruders bei der Firma C. Plath, Hamburg, eine neue Beschäftigung finden.

Nach dem Verbot der SPD beteiligte sich Paul Thormann an der Widerstandsarbeit. Zusammen mit seinen Langenhorner Parteifreunden wurde er am 29. Januar 1935 verhaftet und in der Strafsache „Mehnke und Genossen" wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Sein 62-jähriger Schwiegervater, der frühere Gewerkschaftssekretär Hermann Lohse, erhielt sieben Monate Gefängnis.

Nach seiner Entlassung wurde Paul Thormann wieder von der Firma C. Plath beschäftigt. Ende 1944 wurde er noch für wenige Monate zur Wehrmacht eingezogen. 1946 fand er eine neue Beschäftigung als Handwerker bei der Hamburger Hochbahn. Paul Thormann beteiligte sich am demokratischen Aufbau in Glashütte (heute Norderstedt) als Gemeindevertreter. Er starb am 1. Januar 1982.

Aus der Wiedergutmachungsakte von Paul Thormann[7]:

Im Juni 1933 fand eine Versammlung der früheren Mitarbeiter des Auerdrucks, die das „Hamburger Echo" hergestellt hatten, statt die so genannte „Echoversammlung". Diese wurde von den Nationalsozialisten aufgelöst, die mit einem Kommando mit Karabinern erschienen, den Teilnehmern Handschellen anlegten und sie mit LKW's zum Alten Stadthaus in der Hohen Bleichen brachten. Dort wurden sie, zusammen mit Frauen, in einen Saal gesperrt, der mit schwarz-rot-goldenen Bändern behängt war. Vorher hatten die Festgenommenen – außer den Frauen – 4-5 mal über 25 Meter Spießrutenlaufen müssen, wobei mit allen möglichen Instrumenten auf sie eingeschlagen wurde. Danach wurden sie von dem Reichsstatthalter Kaufmann besichtigt. Einmal wurde Herr Th. zusammen mit einem Mithäftling namens Dr. Staudinger bei weit geöffneten Fenstern in einem Raum alleingelassen, als ob man ihnen Gelegenheit geben wolle, ihrem Leben selbst ein Ende zu setzen. Danach war Herr Th. mehrere Tage in verschiedenen Sammelzellen im Neuen Stadthaus untergebracht, und zwar zusammen mit Kriminellen und Zuhältern. Später wurde er ins Polizeigefängnis verlegt, wo keine Verhöre und auch keine Misshandlungen stattfanden. Danach kamen die Angehörigen der

Karl Wilhelm Martin Ullrich

*9.6.1903 †21.11.1972

Firma Auer in einer Sammelzelle im Untersuchungsgefängnis, zusammen mit Bremer Kommunisten. […] In diesen sechs Wochen nach der ersten Verhaftung hat Herr Th. sich nur einmal waschen können. Auch sonst fehlte es einfach an den einfachsten Dingen. So wurde zum Beispiel die Verpflegung auch Kartoffeln und Heringe, einfach auf den Tisch geworfen, und zwar ohne Eßbestecke. Auf Intervention des Hamburger Juristen Dr. Ruscheweyh wurde Herr Th. dann ganz plötzlich entlassen. Er musste sich aber zweimal in der Woche bei der Polizei melden. Durch einen neuen Beamten, der ihm mit dem KZ drohte, wurde er zum „Deutschen Gruß" gezwungen. Herr Th. wollte daraufhin flüchten, ließ sich aber von seiner Frau mit dem Argument beruhigen, die Nazis wollten betrogen sein. Seitdem senkten die älteren Polizeibeamten, die Herrn Th. Kannten, beschämt die Köpfe, wenn er „Heil Hitler" sagte.

Karl Ullrich wurde in Hamburg geboren und absolvierte nach der Volksschule von 1918 bis 1923 eine Ausbildung zum Werkzeugmacher. Als Jugendlicher wurde er 1918 Mitglied der SAJ, 1924 trat er der SPD bei. Von 1931 bis 1933 war er Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft. Bis 1932 arbeitete Karl Ullrich bei Blohm & Voss. Dort wurde er entlassen, weil er als Vorsitzender des Arbeiterrates gegen die Firma einen Prozess wegen des Verbots des Tragens von schwarz-rot-goldenen Abzeichen beim Betreten der Werft geführt hatte. Ab Mitte Juni 1932 war Karl Ullrich zunächst nebenamtlich und am Januar 1933 hauptamtlich für die SPD-Landesorganisation Hamburg tätig. Er wohnte in der Henriettenstraße 29 und nahm als Distriktsführer an der „Echo"-Versammlung teil. Nach seiner Entlassung stand er unter Polizeiaufsicht und musste sich täglich auf der Wache melden. Bis Mitte 1934 war Karl Ullrich arbeitslos, dann fand er eine Beschäftigung als Werkzeugmacher. Er koordinierte die Widerstandsarbeit in Eimsbüttel und wurde1935 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, die er in Hamburg-Fuhlsbüttel verbüßte. Bis zu seiner Einberufung 1943 arbeitete er wieder als Werkzeugmacher. Nach dem Krieg war Karl Ullrich im Wohnungsamt beschäftigt.

Er starb im am 21. November 1972.

Hans Wulf Otto Westphal

*3.3.1882

Hans Westphal wurde in Garbeck, Kreis Segeberg geboren. Er war von Beruf Schneider, begann aber schon früh, in der Güterabfertigung zu arbeiten. Von 1903 bis 1905 leistete er seine Militärzeit ab. Anschließend war er wieder in der Güterabfertigung tätig, dann Lagerarbeiter und später Großhändler am Deichtormarkt bei der Genossenschaft Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion". Dort stieg Hans Westphal zum Abteilungsleiter auf. 1919 machte er sich als Frucht- und Gemüsehändler selbstständig. 1930 musste er das Geschäft aufgeben und war bis 1933 arbeitslos.

Der SPD trat Hans Westphal 1911 bei. Er gehörte dem Reichsbanner an und nahm als Distriktsführer von Groß-Borstel an der „Echo"-Versammlung teil. Nach der Inhaftierung blieb er weiterhin arbeitslos und beteiligte sich an der Widerstandarbeit. 1935 wurde er wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 18 Monaten Haft verurteilt. Anschließend verrichtete er ein Jahr lang Fürsorgearbeit in Ohlsdorf. Nach einer vorübergehenden Beschäftigung im Straßenbau wurde er 1940 Vorarbeiter und Platzmeister bei der Luftwaffe auf dem Flughafen Fuhlsbüttel.

Nach dem Krieg beteiligte sich Hans Westphal am Wiederaufbau der SPD.

Grete Zabe (geb. Tischkowski)

*18.3.1877 †1.12.1963

Als der Vater, ein Schiffszimmerergeselle, und die Mutter, ein Dienstmädchen, starben, kam die in Danzig geborene Grete Zabe im Alter von fünf Jahren in ein Waisenhaus. Nach dem Besuch der Volksschule wurde sie Dienstmädchen und später Arbeiterin in einer Zigarrenfabrik. Sie heiratete einen Malergehilfen und zog 1906 mit ihrem Mann und drei Kindern nach Hamburg. 1907 trat Grete Zabe in die SPD ein. Sie wurde 1913 in den SPD-Distriktsvorstand Hamburg-Uhlenhorst gewählt. Während des Ersten Weltkrieges leitete sie im Stadtteil die Kriegsküche. Grete Zabe gehörte 1919 zu den ersten SPD-Frauen, die nach dem neuen demokratischen Wahlrecht in die Hamburgische Bürgerschaft gewählt wurden. Bis 1933 gehörte sie ununterbrochen dem Parlament an. Von 1922 bis 1933 war sie Mitglied des Hamburger SPD-Parteivorstands. Sie engagierte sich vor allem im Frauenaktionsausschuss, dem sie von 1922 bis 1927 vorstand. Grete Zabe arbeitete von 1928 bis zum 31. März 1933 als Fürsorgerin für entlassene Strafgefangene und war Angestellte der David-Jonas-Stiftung. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurde ihr eine Kündigung nahegelegt. Bis zur Erreichung des Rentenalters 1942 blieb sie erwerbslos.

Grete Zabe wurde auf der Parteiausschusssitzung am 16. Juni 1933 im SPD-Parteigebäude verhaftet und nach elf Tagen wieder entlassen. Von 1933 bis 1944 stand sie unter ständiger Beobachtung. Vier Hausdurchsuchungen musste sie über sich ergehen lassen. Nach dem Hitler-Attentat wurde Grete Zabe am 20. August 1944 erneut verhaftet, aber wegen ihres Gesundheitszustands bereits am 24. August wieder entlassen.

Tochter Ilse, geboren 1902, die ebenfalls der SPD angehörte und zwei Jahre im Parteibüro beschäftigt gewesen war, wurde wegen ihrer Parteizugehörigkeit am 29. August 1933 von ihrem damaligen Arbeitgeber, den Hamburger Gaswerken, entlassen.

Grete Zabe beteiligte sich nach 1945 am Wiederaufbau der SPD und der Arbeiterwohlfahrt. Sie starb am 1. Dezember 1963 in Hamburg.

---

1 Auch wenn formal kein Beitrittszwang bestand, war es schwierig, sich der DAF zu entziehen, zumal der DAF-Beitrag (1,5 Prozent) direkt vom Lohn abgezogen wurde.
2 Kurt Berkmann, Antrag auf Wiedergutmachung, LABW, Wü 33 T 1 Nr. 3590, Else Berkmann, geb. Schlüter, Antrag auf Wiedergutmachung, LABW, Wü 33 T 1 Nr. 3591.
3 Wiedergutmachungsakte Friedrich Born, StAH, Bestand: 351-11.
4 FZH, 8332 SPD 1933-1945 Berichte.
5 FZH, 8332 SPD 1933-1945 Berichte, Meitmann bezieht sich auf das Dokument 18: Der Polizeisenator an das Reichsministerium des Innern, 21. Juni [1933], Timpke (wie Anm. 2), S. 119.
6 Rudolf Saalfeld (Die Verhaftung der gesamten Parteiführung der SPD 1933), o.D., FZH, 8332 SPD 1933-1945 Berichte.
7 Entschädigungsakte Paul Thormann, 761/15210, LAS.